Posener Tageblatt

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł, mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: [illegible] Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile [illegible] gespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 60 [illegible] übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).

70. Jahrgang | Freitag, 20. November 1931 | Nr. 268.

Alles auf einen Blick:

Briand hat eine schwere Herzattacke erlitten und muß sich zur Kur begeben.

*

In der Schlacht bei Tsitsikar haben die Chinesen eine sehr schwere Niederlage erlitten. Ein japanischer Kompromißvorschlag soll die Forderung aufgestellt haben, die Ratstagung zu vertagen, bis eine Unterkommission die Zustände in der Mandschurei untersucht hat.

*

Die Paßvorschriften sind durch ein Rundschreiben aus Warschau verschärft worden.

*

Grandi hat in Amerika verschiedene Konferenzen abgehalten. Die positiven Ergebnisse sind gering. Die polnische Presse ist über diese Reise in ziemliche Unruhe verfallen und diskutiert die Gespräche besonders mit Borah, wobei Vermutungen nicht gespart werden.

*

Heute wurde eine Verfügung erlassen, wonach die polnischen Hochschulen am Sonnabend wieder die Vorlesungen beginnen werden. Falls sich Zwischenfälle wiederholen werden die Rädelsführer mit der Ausweisung bestraft werden.

*

Im Brest-Prozeß hat der ehemalige Ministerpräsident Bartel ausgesagt und neue entlastende Momente gebracht.

Sie müssen lesen:

Heute Beilage „Aus aller Welt"

Die Schlacht bei Tsitsikar

Niederlage der chinesischen Truppen

London, 19. November. Der „Times"-Korrespondent in Tokio meldet: **Nach Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums hatten die Chinesen am Dienstag nachmittag eine großangelegte Offensive vorbereitet. Der gestrige japanische Angriff sei somit nur eine Verteidigung darauf gewesen. Der Korrespondent fügt hinzu, General Bonschu habe zwar Weisung gehabt, keine Offensive zu unternehmen, aber die chinesischen Angriffe vom Dienstag hätten ihm Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß der Angriff die beste Verteidigung sei. Mit der Auflösung der Streitkräfte des Generals Ma und der Besetzung von Tsitsikar sei die letzte organisierte Autorität in der Mandschurei, die Tschanghsueliang gegenüber loyal geblieben sei, verschwunden.**

London, 19. November. Ueber die Niederlage der chinesischen Truppen in der Mandschurei berichtet der Sonderkorrespondent der „Daily Mail" in Charbin: **Die Japaner griffen um 5 Uhr früh mit 5000 Mann aller Waffengattungen — Infanterie, Kavallerie, Tanks, schweren Bombenflugzeugen und Panzerzügen — an und durchbrachen die Front der Chinesen, die auf dem Rückzuge hartnäckigen Widerstand leisteten. Ein Gegenangriff vor Agantschi verzögerte das japanische Vordringen. Der Nonni-Fluß ist jetzt zugefroren. Chinesen wie Japaner leiden sehr unter der bitteren Kälte.**

„Reuter" meldet aus Mukden: Kurz nach Sonnenaufgang eröffnete die japanische Artillerie das Feuer. Die Japaner standen einer fünffachen Uebermacht gegenüber.

Paris, 19. November. Der englische Delegierte auf der Tagung des Völkerbundsrates, Sir John Simon, und der japanische Delegierte Matsudeira haben gestern mit General Dawes verhandelt. „Journal" will erfahren haben, daß diese Verhandlungen die Möglichkeit einer Lösung des chinesisch-japanischen Konfliktes ausgezeichnet haben. Die Engländer und Amerikaner hätten dies günstig aufgenommen, und es sei noch spät abends Briand zur Kenntnis gebracht worden. „Echo de Paris" erklärt, daß der Vorschlag, eine Beobachtungskommission nach der Mandschurei zu entsenden, von den japanischen Delegierten ausgeht. Dagegen müßten sich die Chinesen zu direkten Verhandlungen mit Tokio verpflichten. Auf diese Weise werde der Völkerbundsrat eine peinliche Session zum Abschluß bringen können. Falls eine Kompromißlösung in Erwägung gezogen sein sollte, so dürfte ihre Möglichkeit, wie weiter berichtet wird, doch bereits als hinfällig angesehen werden, nachdem die Chinesen noch gestern erklärt haben, daß sie zu direkten Verhandlungen unter dem Druck der japanischen Besetzung in der Mandschurei auf keinen Fall bereit seien.

Tokio, 19. November. **Die Verluste in der gestrigen Schlacht zwischen den Japanern und Chinesen sind auf beiden Seiten sehr groß gewesen. Dem Generalstab der Heilungkiang-Armee sollen fünf sowjetrussische Offiziere zugeteilt gewesen sein.**

Der Rat tagt

Paris, 19. November. In der nachmittag abgehaltenen nichtöffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats legte zunächst der japanische Vertreter, Botschafter Yoshiawa, den Standpunkt seiner Regierung dar. Dann gab der chinesische Vertreter Dr. Sce ein Exposé über die Haltung Chinas.

Heute vormittag treten die Ratsmitglieder ohne die beiden Parteien zu seiner geschlossenen Sitzung zusammen, um zu den gestern abgegebenen Erklärungen Stellung zu nehmen.

Keine neuen Forderungen Japans

Tokio, 19. November. In amtlichen Kreisen wird die Meldung, Yoshisawa haben in Paris neue Forderungen Japans zur Kenntnis gebracht, kategorisch dementiert und erklärt, die Regierung habe nichts gegen den Vorschlag einzuwenden, daß Delegierte mit einer Untersuchung der Verhältnisse in China und der Mandschurei beauftragt werden, auch nicht dagegen, daß eine solche Prüfung der Lage stattfinde, bevor China die fünf Hauptpunkte Japans angenommen habe.

*

Washington, 19. November. Zu den verschiedenen Gerüchten über Amerikas Haltung in der Mandschurei-Frage gab Stimson eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Regierung hat weder Japan noch China Vorschläge zur Lösung des Mandschurei-Problems unterbreitet, noch ist sie irgendwelche Bindungen eingegangen. Sie hoffe, daß die japanischen Verhandlungen in Paris zu einer Lösung führen werden.

Erklärung des japanischen Außenministeriums

London, 19. November. Der Korrespondent der „Times" meldet aus Tokio: **Das japanische Außenministerium teilt mit, daß die japanischen Vertreter in Paris auf ihre eigene Verantwortung hin, wenn auch im Einvernehmen mit ihrer Regierung, dem Völkerbundsrat neue Kompromißvorschläge unterbreiten werden. Es wird vorgeschlagen werden, die jetzigen Pariser Verhandlungen zu vertagen und eine Entscheidung aufzuschieben, bis der Völkerbundsrat die Streitfrage durch Entsendung einer eigenen Kommission nach der Mandschurei und nach China untersucht hat.** Der Korrespondent fügt hinzu: Es wird anscheinend vorgeschlagen, daß die Untersuchung sich nicht nur auf die mandschurische Lage, sondern auf die Lage in ganz China erstrecken soll.

Der Krieg im Fernen Osten

Der Völkerbundrat erteilte die Weisung, daß alle japanischen Truppen zum 16. November 1931 aus der Mandschurei zurückgezogen werden. Doch man kann darüber nicht im geringsten Zweifel sein, daß diese Weisung mit einem überlegenen Lächeln in Tokio aufgenommen wurde. Würde doch die Räumung der Mandschurei durch Japan zur Anarchie in dem Lande führen, wo nicht weniger als für 36,2 Milliarden Yen (1 Yen = etwa 0,48 Goldmark) japanischer Investitionen stecken. Ueber 120 000 Japaner und zweimal so viele Koreaner (die auch Mikados Untertanen sind und die in den letzten 15 Jahren unter dem Drucke der japanischen Kolonisationswelle aus den Grenzen ihrer Halbinsel nach der benachbarten Mandschurei herüberquollen) haben dort eine neue Heimat gefunden; ihr Schicksal kann der Regierung von Tokio nicht gleichgültig sein. Endlich würde die Streichung der seit dem russisch-japanischen Kriege von 1904—1905 erfolgreich angebahnten Großmachtspläne auf dem asiatischen Festlande zum Ausbruch einer innerpolitischen Katastrophe auf dem japanischen Archipel führen: die Dichte der Bevölkerung (65 Millionen) beträgt dort zur Zeit 169,4 Köpfe pro Quadratkilometer, und das will sagen, daß der Dampfkessel dem Bersten nahe ist. Neuland muß für die Auswanderung geschafft werden, oder es gibt im Fernen Osten ebensolches Unglück wie dasjenige, welches Mitteleuropa bedroht. Nun ist das Reich des Mikado zu seinem Glück im Besitz aller strategischen und politischen Machtmittel, die zum Erreichen seiner Lebensziele nottun: ein gefechtstüchtiges Soldatenmaterial, ein in ritterlichen Traditionen erzogenes Offizierkorps, ein kaisertreues Volk und — was wohl das allerwichtigste sein dürfte — keinen ebenbürtigen Rivalen im ganzen Fernen Osten. Rußland windet sich immer noch in seinen sozialen Revolutionskrämpfen, China verwest; die beiden großen Angelsachsenmächte, England und Amerika, verspüren seit dem Weltkriege noch keine besondere Lust zu riskanten Abenteuern, blutigen Interventionsschritten, fernen Expeditionen und sonstigen kostspieligen Unternehmungen, deren Endergebnis keine großen Vorteile darstellen würde. Japan hat in der Mandschurei zur Zeit freie Hand. „Es würde ein Verbrechen der Nation gegenüber sein, wenn unsere Regierung die günstige internationale Konjunktur zur Verwirklichung unserer nationalen Träume unausgenützt vorbeiließe!" schrieb das einflußreichste Blatt Japans „Asahi Shimbun" am 3. Oktober d. Js. (wir zitieren nach dem Londoner „Observer" vom 18. Oktober 1931).

Diese Nationalträume sind dem Schreiber dieser Zeilen aus langjähriger diplomatischer Praxis im Fernen Osten (in Mukden, in Tsitsikar und in Khailar) bekannt. Kurz gefaßt sind dies:

a) die Verwandlung der Japanischen See in ein Mare Clausum (ähnlich wie der Italiener die Adria zum geschlossenen italienischen Binnensee umzugestalten gedenkt und sich bereits auf dem Festlande des Balkans ebenso eingenistet hat wie der Japaner in Korea und in Port-Artur);

b) die Errichtung eines monarchistisch regierten, von den Russen, wie von den Chinesen unabhängigen und zu dem glaubensverwandten buddhistischen Japan gravitierenden Mongolenstaates zwischen dem Baikal, dem Gelben Flusse und dem Khingan-Gebirgspasse, um einen Puffer zwischen beiden großen Nach-

Neuerliche Verschärfung der Paßvorschriften

Warschau, 18. November.

Das Finanz- und Innenministerium haben in den letzten Tagen an alle Finanzkammern und Wojewoden Rundschreiben betreffend die Erteilung von ermäßigten Auslandspässen geschickt. In diesen Rundschreiben wird angeordnet, daß die Reisen auf ermäßigte oder unentgeltliche Auslandspässe zu touristischen oder Ausflugszwecken, ferner Repräsentations- und Propagandareisen, Teilnahme an Pilgerzügen, Besuch von Ausstellungen und ausländischen Veranstaltungen stark einzuschränken sind und die Erteilung von Auslandspässen zu solchen Reisezwecken der Erlaubnis des Finanzministeriums bedarf. In allen vorstehend angeführten Reisefällen, sowie in denjenigen Fällen, in denen der ermäßigte Auslandspaß von einer Entscheidung des Kultusministeriums abhängig ist, können die ermäßigten bzw. unentgeltlichen Auslandspässe nicht mehr auf Beschluß der Behörden bis zum Wojewoden einschließlich im Einverständnis mit den Finanzkammern erteilt werden. In Zukunft ist in jedem Falle das Einverständnis des Finanzministeriums erforderlich.

Erfolg der amerikanischen Propagandareise des Generals Dreszer

Warschau, 19. November. (Eig. Tel.)

Gestern ist der polnische Armeeinspekteur, General Orlicz-Dreszer, der Vorsitzende der polnischen Meeres- und Kolonialliga, von einer mehrwöchigen Propagandareise durch Nordamerika zurückgekehrt. General Dreszer äußerte sich sehr begeistert über seine Reise und behauptete, überall in Nordamerika regstes Interesse und starke Sympathie für Polen vorgefunden zu haben. Am Tage der Erklärung Borahs zu Laval über den Korridor hätte man ihm gesagt, daß Borah zwar ein einflußreicher Mann sei, daß aber das amerikanische Volk anders denke. Er selbst, General Dreszer, hätte bei jeder Gelegenheit die Frage des sogenannten Korridors angeschnitten, um der deutschen Propaganda entgegenzuwirken. Er sei dabei auf das volle Verständnis der offiziellen amerikanischen Kreise gestoßen. Ebenso hätte er sich für die Vorgänge in Amerika im Zusammenhang mit der ukrainischen Interpellation in Genf interessiert. Er hätte Vertretern der amerikanischen Regierung vorgeschlagen, selbst nach Polen zu kommen und die Verhältnisse, unter denen die Ukrainer dort leben, zu untersuchen. Man habe ihm das auch zugesagt. Ferner hätte er in Kanada weitgehendstes Verständnis für polnische Fragen gefunden, und auch dort hätten einige höhere Militärs und Vertreter der Regierung ebenso wie in den Vereinigten Staaten ihm eine Reise nach Polen zugesagt.

Freigesprochen

„Geschicklichkeitsübungen" eines polnischen Lehrers

In der Berufungsinstanz wurde gestern vor dem Bezirksgericht in Neustadt, wie das **„Pommereller Tageblatt"** berichtet, gegen den Landwirt Kratzke aus Klobschin (Kreis Neustadt) verhandelt, der angeklagt war, gegen den Lehrer Szalewski wissentlich falsche Anschuldigungen erhoben zu haben. Herr Kratzke wurde von Schuld und Strafe freigesprochen, die Kosten des Strafverfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Allen, denen die Vorgeschichte des Prozesses nicht mehr in Erinnerung ist, wollen wir kurz die Vorfälle, die zu diesem Prozeß führten, wiederholen. Im vorigen Jahre richtete Herr Kratzke eine Beschwerde an den Kreisschulinspektor, in der er angab, daß sein Pflegesohn Herbert Kowalke, der die deutsche Abteilung an der Volksschule in Klobschin besuchte, von dem Lehrer Szalewski und von Mitschülern an einem Pfahl gebunden und dann mißhandelt wurde. Herr Kratzke bat zum Schluß des Schreibens höflich, dafür Sorge tragen zu wollen, daß solche Vorkommnisse in Zukunft unterbleiben. Der Kreisschulinspektor stellte darauf gegen Herrn Kratzke Strafantrag wegen wissentlich falscher Anschuldigung des Lehrers S. Herr Kratzke wurde in der ersten Instanz zu 2 Monaten Gefängnis, 10 Zloty Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Die Begründung des Urteils der ersten Instanz stützte sich in erster Linie auf das Ergebnis der vom Kreisschulinspektor durchgeführten Untersuchung und der Aussagen der Belastungszeugen: des Lehrers S. und eines polnischen Schülers.

Die Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz ergab ein ganz anderes Bild. Der Schüler Herbert Kowalke stellte den Vorgang so hin, wie ihn sein Pflegevater in dem Brief an den Kreisschulinspektor geschildert hatte, im Gegensatz zu dem Lehrer S., der behauptete, daß es sich nur um eine Geschicklichkeitsübung gehandelt hätte, während der er sich in der Klasse aufhielt. Auch als das Gericht den Angeklagten aus dem Verhandlungssaale entfernen läßt, wiederholt der Schüler klar und bestimmt seine Aussagen. Es zeigt sich dann ferner, daß in dem Protokoll des Kreisschulinspektors eine Unstimmigkeit vorhanden ist. Es wird dort nämlich erklärt, daß der Schüler Kowalke von dem Kreisschulinspektor verhört wurde, während tatsächlich der Knabe an dem Tage, an dem das Verhör angeblich stattfand, sich im Konfirmandenunterricht befand. Der Entlastungszeuge Landwirt Albert Schroedter sagt dann aus, daß seine Kinder ihm den Vorfall genau so geschildert hatten, wie er vom Schüler Kowalke dargestellt wurde. Er habe auch bei K. tiefe Einschnitte an den Händen und Striemen gesehen.

Der Rechtsbeistand des Angeklagten, Dr. Czarnecki, beantragte die Ladung zweier weiterer Entlastungszeugen. Das Gericht lehnte jedoch den Antrag ab, und der Vorsitzende schloß die Beweisaufnahme.

Der Staatsanwalt beantragte darauf für den Angeklagten den Freispruch, da die Beweisaufnahme nicht ergeben habe, daß wissentlich falsche Anschuldigungen vorliegen.

Der Verteidiger führte aus, daß hier nicht nur ein Freispruch aus Mangel an Beweisen erfolgen müsse, denn tatsächlich habe die Verhandlung die Richtigkeit der Anschuldigungen ergeben.

Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht das freisprechende Urteil und schloß sich in der Begründung den Ausführungen des Verteidigers an. — Vom Staatsanwalt wurde nicht Berufung eingelegt.

barn und dem Japanerreiche in Hochasien einzuschieben;

c) die Verdrängung sowohl der aus Sibirien in das Amurbecken hereinströmenden Russen, wie auch der von jenseits der Großen Mauer in die Mandschurei hereinströmenden Chinesen, damit das fruchtbare und an Bodenschätzen überreiche Kolonialreich des Fernen Ostens allein für die Japanerausbeutung, die Japanerkolonisierung und die Japanerhegemonie über ganz Asien ausgebaut werde.

Die Japaner verheimlichen diese ihre Ziele keineswegs, denn dadurch beruhigen sie ja am besten die drei Großmächte, die um das Schicksal ihrer eigenen Kolonialreiche in Hinterindien (Französisch-Indochina), in Australien (England) und in Melanesien-Polynesien (amerikanischer Besitz auf den Philippinen, Hawaii u. a.) schwer besorgt sind und in der japanischen Expansion eine Lebensgefahr für die eigenen Lebensinteressen erblicken, welche sich bis zum Indischen Ozean und Latein-Amerika erstrecken. Japan sagt diesen seinen Rivalen: „Wenn Ihr mir die Möglichkeit raubt, mich auf dem benachbarten Festlande auszudehnen, wo ich keinen von euch dreien störe, dann zwingt Ihr mich, meine Zukunft auf den Gewässern des Stillen Ozeans zu suchen, und Ihr stößt mich dadurch geradezu euren Feinden in die Arme!"

Es ist dieses eine ebenso klare, wie einleuchtende Rede. Europa sollte eigentlich das Vordringen Japans auf dem Festlande, das ja mehr gegen **Moskau** als gegen Nanking sich richtet, begrüßen; denn eine Attacke Japans gegen den Bolschewismus im Osten bedeutet in erster Reihe eine starke Entlastung aller europäischen Grenzen von der bolschewistischen Kriegsgefahr.

Japan wird sicherlich ohne Unterstützung der Pariser Finanz keine bedeutenden militärischen Schritte in der Mandschurei unternehmen können. Die Japaner haben in diesen Tagen immerhin bedeutende Schritte in nördlicher Richtung getan: sie besetzten die Eisenbahnlinie, die die Südmandschurei mit der Provinzhauptstadt Tsitsikar verbindet und die unweit des Nonniflusses den „russischen" Eisenbahnstrang Mandschuli—Charbin schneidet. Wir haben es hier mit einer unzweideutigen Umgarnung sowjetrussischer Vorposten zu tun. Die freie Verbindung zwischen der Grenze Sibiriens (bei der Station Mandschuli) und Wladiwostok (an der Japanischen See) ist nun unterbunden! Während der Wintermonate verliert der im großen Bogen entlang des Amur-Flusses und dem Ussuri-Nebenflusse laufende zweite russische Eisenbahnstrang den Rest seines strategischen Wertes; auch die Verbindung zu Wasser „friert ein". Blücher, der Sowjetgeneral im Fernen Osten, fleht Moskau an, man möge den ganzen Ernst der Lage richtig einschätzen. Aber der vor zehn Tagen seine Geheimberatungen über die Lage in der Mandschurei gehabte Rätekongreß beschloß, um jeden Preis einem Kriege im Fernen Osten aus dem Wege zu gehen, da man dafür eben keinen Rubel übrig hat. Die finanzielle Staatskatastrophe der Sowjetunion ist zur verhängnisvollen Tatsache geworden; und da die heurige Mißernte sogar im Innern Rußlands die Lage bedrohlich gestaltet, so kann Rußland mit noch weniger Recht auf günstigen Verlauf eines bewaffneten Zusammenstoßes mit „dem japanischen Imperialismus" rechnen als seinerzeit das Zarenreich.

Was die „allchinesische" (?) Nanking-Regierung betrifft, von der alltäglich lange Telegramme beim Völkerbunde einlaufen, so erinnert Nanking — noch mehr als der Völkerbund selbst — in diesem Falle an jenen auf dem Dache sitzenden Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Macht geht eben auch im Fernen Osten vor Recht. Um die rechtlichen Einsprüche Chinas auszuschalten, mieten sich die japanischen Herrschaften in Kirin bzw. in Tsitsikar wohlfeile „Autonomisten" (etwa nach dem Pfälzer Vorbild) — und diese schließen mit Tokio einen regelrechten Vertrag, der so aufgesetzt wird, wie er den Japanern passen wird.

Den Winter werden die Japaner zum Ausbau eines von Nanking unabhängigen Mandschurei-Staatsgebildes verwenden, vielleicht mit dem ehemaligen (1912 abgesetzten) Kaiser Pu-Hi an der Spitze. Dieser junge Mensch setzte sich nach absolvierter Harward-Universität in Tientsin nieder, wo er von einem Jahresgehalt, das ihm von Tokio aus gezahlt wurde, lebte. Seine legitimen Ansprüche auf die Kaiserkrone dürften jetzt zum Vorschein kommen.

Japan hat ein großes politisches Spiel im Fernen Osten zu spielen [illegible]gefangen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Genro (der geheime Kronrat des Mikado, bestehend aus der höchsten Aristokratie des Landes) das Spiel abbrechen wird. Es wird langsam, bedächtig und schleppend — nach japanischer schleichender Art — geführt, und die Zerfahrenheit aller Zustände in Amerika und Europa wird dem Fortschreiten der Japanermacht auf dem Festlande unmöglich Einhalt gebieten können.

Dr. v. Behrens,
(ehem. langjähriger Konsul in der Mandschurei).

Grandis Besprechungen in Washington

London, 19. November. Der **„Times"-Korrespondent** in Washington meldet: Anscheinend ist der italienische Außenminister Grandi nicht in der Lage gewesen, bei seiner Konferenz mit Hoover und Stimson irgend etwas zu sagen oder zu unternehmen, was die schwindenden Hoffnungen auf einen Erfolg bei der Abrüstungskonferenz wieder beleben könnte. Wahrscheinlich ist die Möglichkeit eines Mittelmeer-Flottenpaktes und die Rolle, die Artikel 19 der Völkerbundssatzung (Revision von Verträgen) spielen könnte, erörtert worden mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diese Fragen die Vereinigten Staaten nicht direkt berühren. Es ist aber klar, daß Hoover wahrscheinlich in der einen oder der anderen Frage besondere Erwartungen hegt.

Zu der Erklärung Stimsons über die Reparationen und Schulden bemerkt der Korrespondent: Nach Bekanntgabe des Hoover-Moratoriums war im Auslande allgemein der Eindruck entstanden, die Vereinigten Staaten hätten nunmehr den Zusammenhang zwischen Reparationen und interalliierten Schulden anerkannt. Diese Auffassung war eine Quelle der Verlegenheit für die amerikanische Regierung und rief Kritik und Opposition gegenüber dem Präsidenten Hoover hervor. Es war gehofft worden, daß das Hoover-Laval-Communiqué genügen werde, um diese Auslegung als falsch darzutun. Sollten aber noch irgendwelche Zweifel bestanden haben, dann hat Staatssekretär Stimson sie gestern zerstreut.

*

Washington, 19. November. Stimson teilte in der gestrigen Pressekonferenz mit, daß er mit Grandi 2½ Stunden im Weißen Haus konferiert habe. Weiter erklärte er, daß Hoover und Grandi sämtliche aktuellen Fragen über die wirtschaftlichen Probleme als auch über die Genfer Abrüstungskonferenz diskutiert habe.

Polnische Sorgen über Grandis Amerikafahrt

Warschau, 19. November.

Die polnische Presse verfolgt mit einiger Beunruhigung den Verlauf der Amerikafahrt des italienischen Außenministers Grandi. Diese Beunruhigung hat ihren Grund in den Erfahrungen, die man gelegentlich der Amerikafahrt des französischen Außenministers Laval gemacht hat und man fürchtet, daß auch Grandi gegenüber der Präsident der Außenkommission des amerikanischen Senats, Borah, die Frage einer Revision der Grenzen anschneiden will. Von der polnischen Presse wird eine Neuyorker Meldung des amerikanischen Publizisten Hard zitiert, aus der man eine Bestätigung dieser Befürchtungen ersieht. In dieser Meldung heißt es, daß in den politischen Verhandlungen Grandis in Washington Senator Borah eine hervorragende Rolle spielen wird, dem es auch bereits gelungen sei, die Frage des „polnischen Korridors" zu berühren. Da Italien seit langer Zeit als grundsätzlicher Befürworter einer Revision des Versailler Vertrages bekannt ist, fürchtet man in Polen, daß der Wunsch Borahs auf Revision der deutschen Ostgrenzen bei Minister Grandi auf ganz besonders günstigen Boden fallen wird.

Der **„Kurjer Warszawski"** zitiert ferner eine Meldung aus Paris, derzufolge die Untersuchungen der vor einem halben Jahr von der Neuyorker Carnegi-Stiftung ernannten Kommission zur Prüfung der europäischen Wirtschaftslage abgeschlossen sind. Die Kommission ist zu folgendem Ergebnis gekommen, wie die wirtschaftliche Lage Europas zu bessern ist: 1. **Herabsetzung der deutschen Kriegsentschädigungen**; 2. **Konversion der deutschen kurzfristigen Schulden in langfristige**; 3. **möglichst schnelle Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz**; 4. **Revision des Versailler Vertrages.**

Zu dem letzten Punkt bemerkt der „Kurjer Warszawski", daß es sich sicherlich um territoriale Aenderungen handelt, da die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Bestimmungen über die Kriegsentschädigungen bereits mehrfach revidiert wurden. Das genannte polnische Blatt zitiert ferner eine Meldung des „Temps" aus Washington, derzufolge Minister Grandi mit Senator Borah am Montag eine lange Unterredung hatte, aus der sich ergeben haben soll, daß die Ansichten der beiden Staatsmänner über wirtschaftliche und nationale Fragen in der Mehrzahl völlig übereinstimmen. In dem Telegramm des „Temps" werde ferner unterstrichen, Grandi habe erklärt, er sei ein Anhänger der Revision des Versailler Vertrages.

Die Warschauer Abendzeitung **„ABC"** bespricht in einem längeren Kommentar die gegenwärtigen Vorgänge in Paris und Washington und hält mit ihren Sorgen nicht zurück. Das Blatt ist der Ansicht, es unterliege keinem Zweifel, daß der Schwerpunkt des Interesses und der wirklichen Bedeutung der Beratungen hinter den Kulissen liege. Nicht das dialektische Turnier im Völkerbund über das, was in der Mandschurei vorgehe, sondern die konkreten Interessen der europäischen Staaten wären dort Gegenstand des Meinungsaustausches, der in diesem Falle auch konkrete Folgerungen haben kann. Man dürfe nicht vergessen, daß in Paris am 26. und 27. d. Mts. die Vorbesprechungen zur Abrüstungskonferenz aufgenommen würden und der Leiter einer der Kommissionen der bekannte preußische Junker Rheinbaben sei, einer der Vortragenden aber der durch sein polenfeindliches Auftreten bekannte Abgeordnete Kaas. Die bereits vorbereiteten Entschließungen gingen in der Richtung der deutsch-angelsächsischen Forderungen. So sehe es in der Hauptstadt des Polen verbündeten Frankreich aus. Gleichzeitig hätte in Washington der italienische Außenminister Grandi die völlige Uebereinstimmung seiner Ansichten mit denen des Senators Borah besonders bezüglich einer Revision des Versailler Vertrages festgestellt, und was das bedeutet, wisse man. Das „ABC" schließt seinen Kommentar mit den Worten:

„Und wir? Weder in Paris, noch in Washington hört man die polnische Stimme. Zum mindesten hört man sie nicht in einer Weise, die ins Gewicht fallen würde. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß man dort dafür von Polen spricht, vielleicht etwas zu unzeremoniell und laut. Wir überschätzen nicht diesen Handel mit dem Fell des Bären, der lebt, frei und durchaus stark ist. Aber daß das unser Prestige nicht hebt und zu unserem Frieden nicht beiträgt, ist sicher."

Der der Regierung nahestehende **„Kurjer Poranny"** befaßt sich heute in einem Leitartikel mit dem Gesamtkomplex der politischen Fragen, die in Paris und Washington zur Verhandlung stehen. Das Blatt meint, daß die Reparationsfrage Polen wenig berühre. Frankreich würde darin einen schweren Stand haben, da Amerika eine Revision der Reparationsfrage protegiere. Es gebe jedoch ein anderes Verhandlungsgebiet, auf dem Polen weitestgehende Einschränkungen machen könne. Das sei der Angriff auf die polnischen Grenzen durch diese oder die Kundgebung solch eines Borah oder eines Grandi. Hier antwortet Polen wie ein Mann: „Rühr mich nicht an!"

Diejenigen dienten dem Frieden schlecht, die in den Deutschen die Illusion auf eine territoriale Revision auf Kosten Polens erwecken. Wenn die Meldungen besagten, daß Grandi [illegible] für eine Revision des Versailler Vertrages ausgesprochen habe, so müßte Polen das so verstehen, daß Italien den Südslawen Fiume und den Deutsch-Oesterreichern Tirol abgeben will. Man könnte nicht einen Augenblick annehmen, daß Grandi an Elsaß-Lothringen oder Pommerellen gedacht habe. Der Seitensprung Borahs sei eigentlich mehr als ein großer Fehler der polnischen Propaganda zu bewerten, die den amerikanischen Kenator nicht über den tatsächlichen Sachverhalt aufgeklärt habe, daß Pommerellen seit ewigen Zeiten polnisches Land sei, von Polen bewohnt, in dem die Deutschen das Zuflußelement darstellten. Dieses deutsche Zuflußelement hätte nur infolge der beispiellos humanitären, traditionellen polnischen Friedenspolitik dort sich erhalten können und sei toleriert worden. Diese Friedlichkeit der polnischen Politik hätte sich allerdings als ein schwerer Fehler erwiesen.

Zu den letzten Sätzen des **„Kurjer Poranny"** wird man, wenn man die Geschichtsmomente kennt, einige Einschränkungen machen müssen. Die historischen Tatsachen sprechen nämlich über die Vergangenheit Pommerellens wesentlich anders als der „Kurjer Poranny". Es ist aber völlig überflüssig, allgemein bekannte historische Tatsachen in einer Polemik mit dem „Kurjer Poranny" noch einmal anzuführen.

Ministerpräsident a. D. Bartel als Zeuge im Brest-Prozeß

Warschau, 19. November. (Eig. Telegr.)

Die gestrigen Verhandlungen im Brest-Prozeß erhielten dadurch eine besondere Note, daß der frühere Ministerpräsident Bartel als Zeuge vernommen wurde. Zu Beginn der Verhandlung sagte zunächst der Abg. Poptel aus, der der Nat. Arbeiterpartei angehört. Er wurde nicht vereidigt, da gegen ihn ein Strafverfahren in einer ähnlichen Angelegenheit schwebt. Er beschäftigte sich in seinen Aussagen im wesentlichen mit der Entwicklung des Zentrolews und der Rolle, die seine Partei dabei spielte.

Sodann wurde **Ministerpräsident a. D. Prof. Bartel** vernommen. Er bemerkte gleich eingangs, daß er nur über die Zeitabschnitte aussagen könne, in denen er Ministerpräsident war. Von der Verteidigung gefragt, ob ihm ein nachteiliger Einfluß der oppositionellen Tätigkeit des Centrolew auf die Minderheitsverhältnisse in Ostgalizien sowie eine Vergrößerung der separatistischen Tendenzen durch die oppositionelle Tätigkeit des Centrolew bekannt sei, äußerte sich Prof. Bartel verneinend. Er hätte solche Folgen der Centrolew-Opposition weder zu Zeiten seiner Amtstätigkeit feststellen können, noch darüber irgend einen Bericht erhalten. Außerdem könne er sich nicht denken, daß später die Opposition des Centrolew einen solchen Einfluß auf Ostgalizien ausgeübt hätte.

Prof. Bartel äußert sich dabei eingehend über die parlamentarischen Verhältnisse während seiner Amtszeit. Hier sagt er aus, daß er immer auf dem Standpunkt gestanden hätte, daß der Ministerpräsident für alles die Verantwortung trage. Deswegen sei er im Jahre 1926 zusammen mit dem Minister Mlodzianowski und im Jahre 1929 mit dem Minister Sujkowski gegangen. Ein anderes Verhalten sei seiner Meinung nach unkollegial und unritterlich. Darüber befragt, ob ihm etwas über die revolutionären Vorbereitungen der oppositionellen Parteien bekannt sei, erklärt er, daß er nur einmal einen Bericht vom Warschauer Regierungskommissar erhalten hätte. Darin sei aber auch nicht von einer Revolution die Rede gewesen, sondern nur von einer gewissen Unruhe und verhältnismäßig kleinen Vorfällen. Von einer Revolution hätte er nichts gehört. Auch die Wyzwolenie hätte revolutionäre Vorbereitungen nicht gemacht. Er selbst hätte früher der Wyzwolenie angehört, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Partei beschloß, für die Agrarreform ohne Entschädigung zu stimmen. Damals hätte er die Partei verlassen. Prof. Bartel stellt fest, daß die Wyzwolenie eine Gruppe von Ideenmenschen umfaßt hätte, die in ihren Absichten durchaus rein gewesen wären und immer das Staatsinteresse wahrgenommen hätten. Wenn nicht jener Beschluß über die Agrarreform gefallen wäre, dann würde er wahrscheinlich noch heute der Partei angehören.

Es wird dann eine Pause eingelegt, während der der Gerichtshof auf Antrag der Verteidigung beschließt, die Akten des Czechowicz-Prozesses den Prozeßakten beizufügen.

Nach der Pause stellt der Staatsanwalt an den Zeugen mehrere Fragen. Auch hierbei lehnt es der Zeuge ab, sich über Vorgänge zu äußern, die sich außerhalb seiner Regierungszeit ereigneten. Von dem Staatsanwalt darüber befragt, ob ihm etwas von der Absicht von Regierungsfaktoren bekannt sei, einen Anschlag auf die Verfassung auszuführen, antwortete der Zeuge ausweichend. Wenn der Staatsanwalt sein Regierungsprogramm wissen wolle, so könne er es aus den seinerzeitigen Programmreden des Ministerpräsidenten im Sejm erfahren. Das Hauptziel sei der Kampf mit der Sejmherrschaft gewesen. Diesen Kampf hätte er nicht auf Grund irgend eines Diktats durchgeführt. Es gebe Menschen, die solche Diktate nicht vertragen können. Diese Sejmherrschaft sei auch keineswegs ein Verbrechen gewesen, sondern lediglich eine Kinderkrankheit des polnischen Parlamentarismus. Zu seinen Zeiten hätte die Sejmherrschaft auch noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Ueber eine Aenderung oder Aufhebung der Verfassung hätte er niemals mit irgend jemandem ein Gespräch geführt. Darüber befragt, ob Marschall Pilsudski sich auch ähnlich der Verfassung gegenüber verhalten habe, antwortete der Zeuge, er glaube ja.

Prof. Bartel beantwortet dann noch eine Reihe von Fragen der Verteidigung, in denen auf Einzelheiten der Anklage eingegangen wird, die aber nichts wesentlich Neues bringen.

Im Laufe des gestrigen Tages werden dann noch einige andere Zeugen vernommen, und zwar der Vorsitzende des Sejmklubs der Nat. Arbeiterpartei, Abg. Roguszczak, der ehemalige Abgeordnete Hausner und der Lodzer Stadtpräsident Ziemięcki. Damit wurde die gestrige Verhandlung im Brest-Prozeß geschlossen.

Wiedereröffnung der Hochschulen

Warschau, 19. November. (Eig. Tel.)

Die Rektoren der Warschauer Hochschulen haben durch Anschlag bekanntgegeben, daß in Warschau die Wiederaufnahme der Vorlesungen an allen geschlossenen Hochschulen am Sonnabend, dem 21. d. Mts., erfolgen wird. In einem Aufruf geben die Rektoren der Hoffnung Ausdruck, daß die Jugend Ruhe und Ordnung bewahren wird. Auch an der Krakauer Universität werden die Vorlesungen am Montag, dem 23. d. Mts., wieder beginnen. Der Rektor hat im Falle einer Wiederholung der Unruhen mit Ausweisung der Schuldigen gedroht.

In Kalisch versuchten gestern einige Hundert Schüler eines Gymnasiums eine judenfeindliche Demonstration zu veranstalten. Sie wurden jedoch von der Polizei auseinandergetrieben. Einige der Hauptrádelsführer sollen entlassen werden.

Deutsch-französische Zusammenarbeit

Paris, 19. November. Ueber eine deutsch-französische Zusammenarbeit in der Elektrizitätsindustrie äußerte sich der französische Elektrizitätsindustrielle Marlio, der zusammen mit dem früheren Reichsminister Hermes den Vorsitz in der deutsch-französischen Unterkommission für gemeinsame Bearbeitung der Auslandsmärkte führt. Marlio erklärte einem Pressevertreter, daß auch im Gebiete der Elektrizitätsindustrie eine Zusammenarbeit durchaus möglich sei, und zwar vor allem im Auslande. Die Aussichten, die Frankreich für deutsche Arbeit und deutsches Material biete, seien im Augenblick nicht übermäßig groß, da die Umstellung der Eisenbahnen auf elektrischen Betrieb vorläufig nicht erfolgen werde. Immerhin brauche Frankreich zum Bau von Ueberlandszentralen auch weiterhin deutsche Arbeitskräfte und deutsches Material. Auf anderen Gebieten der Elektrizitätsindustrie dagegen sei Frankreich so fortgeschritten, daß es kaum noch fremde Hilfe brauche. Dagegen könne man sich ein fruchtbares Zusammenarbeiten in den französischen Kolonien und Mandatsgebieten vorstellen.

Posener Kalender

Donnerstag, den 19. November

Sonnenaufgang 7.02, Sonnenuntergang 15.40. Mondaufgang 13.41, Monduntergang 0.24.

Heute früh 7 Uhr: Temperatur der Luft + 3 Grad Cels. Ostwinde. Barometer 764. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 5, niedrigste + 2 Grad Cels.

Wettervoraussage für Freitag, den 20. November

Meist bedeckt, nur zeitweise etwas aufheiternd, Temperaturen nahe bei Null. Mäßige östliche Winde.

Wasserstand der Warthe am 19. November + 0,17 Meter.

Wohin gehen wir heute?

Teatr Polski:
Donnerstag: „Hulla di Bulla".
Freitag: „Der junge Wald".
Sonnabend: „Hulla di Bulla".

Teatr Nowy:
Donnerstag: „Alt-Heidelberg".
Freitag: „Alt-Heidelberg".
Sonnabend: „Alt-Heidelberg".

Teatr „Uśmiech":
Donnerstag: „Das Land des Lächelns".
Freitag: „Das Land des Lächelns".
Sonnabend: „Das Land des Lächelns".

Kinos:
Apollo: „Das graue Haus". (5, 7, 9 Uhr.)
Colosseum: „Männer der Pflicht". (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „Hara-Kiri". (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Nowości: Revue: „Frisch von der Leber weg". Film: „Hinter den Kulissen eines Kabaretts". (5, 7, 9 Uhr.)
Słońce: „Die Privatsekretärin". (5, 7, 9 Uhr.)
Wilsona: „Pharaos Frau". (5, 7, 9 Uhr.)

Lehrgang für Gärtnergehilfen.

Am 23. November beginnt ein von der Posener Vereinigung für Gartenbaulehrgänge veranstalteter „Monatslehrgang für Gärtnergehilfen". Es finden täglich Vorlesungen statt. Anmeldungen nimmt das Sekretariat der Vereinigung in der ul. Sniadeckich 54/58 täglich von 9 bis 1 Uhr entgegen. Dortselbst werden auch Prospekte ausgegeben und nähere Informationen erteilt. Die Lehrgebühr beträgt 30 Zloty.

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße). Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 14. bis 21. November. Altstadt: Apteka pod Białym Orłem, Stary Rynek 41; Apteka Św. Piotra, ul. Półwiejska 1; Apteka Św. Marcina, ul. Fr. Ratajczaka 12; Apteka Śródecka, Rynek Śródecki, 1. — Lazarus: Apteka p. Plucińskiego, ul. Marsz. Focha. — Jersitz: Apteka pod Gwiazdą, ulica Kraszewskiego 12. — Wilda: Apteka p. Koroną, Górna Wilda Nr. 61. — Ständigen Nachtdienst haben: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, Pocztowa 25.

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen

Vom 21. bis 28. November.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 7½ Uhr: Beichtgelegenheit, 9 Uhr: Predigt und Amt, 3 Uhr: Fürbittgebete für die Verstorbenen. Montag, 7 Uhr: Gesellenverein. Dienstag, 7 Uhr: Jünglingsverein.

Kleine Posener Chronik

em. **Gefundene Mannesleiche.** In der Nähe des hiesigen Güterbahnhofes wurde die Leiche eines Mannes mit zertrümmertem Schädel gefunden. Bei dem Verunglückten fand sich ein Zettel, auf dem der Name Stanislaus Janiak steht und der mit dem Dienstsiegel des Gemeindevorstandes Swieligow, Kreis Adelnau versehen ist. Offenbar kam der Tote von Ostrowo mit dem Zuge. Da er keine Fahrkarte hatte, wird angenommen, daß er die Kontrolle dadurch zu umgehen versuchte, daß er von dem fahrenden Zug absprang. Dabei dürfte er ums Leben gekommen sein. Die Leiche wurde in das Gerichtsprosektorium gebracht.

em. **Bauernfängern in die Hände gefallen.** Stanislaus Mazurkiewicz aus Kolodrombie, Kr. Schrimm, lernte, als er auf dem Bahnhof in Posen eintraf, zwei unbekannte Männer kennen, die ihn in ein Lokal einluden, wo bald ein kleines Kartenspiel zustande kam. Als die beiden netten Fremden ihrer Ansicht nach genug gewonnen hatten, verschwanden sie. Die Ermittelungen der Polizei führten erfreulicherweise zur Festnahme der beiden Preller. Es handelt sich um den Stanislaus Skrzypczak und den Arbeiter Stanislaus Szewczyk, zwei Berufskartenspieler aus Posen, die der Polizei gut bekannt sind.

Vom Städt. Pfandleihamt

em. Die aus der Versteigerung vom 8. bis 29. Oktober d. J. des Städt. Pfandleihamts erzielten Ueberschüsse für die verfallenen und verkauften Pfänder von Nr. 49 557 bis 60 286 und der prolongierten von Nr. 108 180 bis 113 046 werden im hiesigen Städt. Pfandleihamt in der Zeit vom 20. November bis 20. Dezember d. J. gegen Vorlegung des Pfandscheines ausgezahlt. Nach Verlauf dieser Zeit verlieren die Eigentümer jeglichen Anspruch.

Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft und der Landwirtschaftlichen Hauptgesellschaft

Am 17. November, 11 Uhr vormittags, fanden im Saale des Evang. Vereinshauses die Generalversammlungen der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft und Landwirtschaftlichen Hauptgesellschaft statt, die vom Vorsitzenden, Herrn Frh. v. Massenbach-Konin geleitet wurden und von Genossenschaften und Besitzern stark besucht waren. Der Vorsitzende gedachte mit warmen Worten der Verdienste des in diesem Jahre verstorbenen Direktors Albert Beims, zu dessen Ehren sich die Versammlung erhob. Vom Vorstand berichtete Herr Direktor Dr. Swart über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Umsätze sind entsprechend den Ernteverhältnissen und der allgemeinen Wirtschaftslage hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben; mengenmäßig bei Getreide um etwa 16 Prozent, bei Düngemitteln um mehr als 40 Prozent, bei Maschinen sogar um die Hälfte, Kraftfutter wurde dagegen etwas mehr umgesetzt. Der Einnahmeausfall, der sich aus diesem Rückgang ergab, wurde großenteils durch eine Senkung der Unkosten ausgeglichen. Der Warenüberschuß war im ganzen noch befriedigend. Er wurde aber durch vergrößerte Abschreibungen aufgezehrt. U. a. mußten die von der Eisenbahnverwaltung gekündigten Speicher auf Bahngelände abgeschrieben, an deren Stelle Neubauten auf eigenem Grund und eine Pachtung getreten sind. Außerdem wurden auf die älteren Schuldkonten beträchtliche Abschreibungen gemacht, zumal die zurückgegangenen Bodenwerte eine vorsichtigere Bewertung der Außenstände zur Pflicht machten. Vorstand und Aufsichtsrat glaubten angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage nicht verantworten zu können, eine Dividende aus inneren Rücklagen des Unternehmens zu bestreiten. Die in den letzten Jahren fortschreitende Zusammenfassung des Getreidehandels, der Düngemittel usw. in staatlichen und halbstaatlichen Unternehmungen und die Handhabung der Handelspolitik muß den Landwirten und Genossenschaften nahelegen, zur Wahrung ihrer gemeinsamen Belange noch enger als bisher mit der Zentrole zusammenzuhalten.

Hiernach brachte Herr Direktor Geisler Ausführungen über den Verlauf der Geschäfte des Unternehmens in den bisher verflossenen vier Monaten. Er berührte insbesondere die jetzige Lage des Getreidemarktes und seine voraussichtliche Gestaltung für das laufende Wirtschaftsjahr. Auch das Kreditwesen und die Dividende wurden von ihm behandelt.

Es folgte dann die Vorlage der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnung, die von Herrn Direktor Rollauer postenweise vorgelesen und erläutert wurden. Daran schloß sich eine längere Aussprache.

Die Bilanz der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft schließt unter Aktiven und Passiven mit 12 060 301,23 Zloty. Die Geschäftsguthaben sind um ca. 92 000 Zloty auf 562 262,20 Zloty angewachsen. Die Rücklagen erscheinen nach den vorjährigen Zuweisungen um 90 000 Zloty höher und betragen 540 000 Zloty. Der Reingewinn betrug 10 900,89 Zloty. Seine Verteilung wurde wie folgt vorgeschlagen: 10 Prozent zum Reservefonds 1090 Zloty, den Rest zur Betriebsrücklage 9810,89 Zloty.

Die Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft schließt unter Aktiven und Passiven mit 2 389 678,91 Zl. Das Gesellschaftskapital (2 Millionen) und die Rücklagen (250 000) sind gegen das Vorjahr unverändert ausgewiesen. Der Reingewinn von 7711,24 Zloty soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Bilanzen wurden hierauf einstimmig von den Generalversammlungen genehmigt; der Gewinn entsprechend den Vorschlägen von Vorstand und Aufsichtsrat verwendet. Nach dem gesetzlichen Revisionsbericht, der von Herrn Freiherrn v. Massenbach-Konin vorgelesen wurde, wurde Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Bei den Wahlen wurden die Herren Oekonomierat Peschken-Podobowice und Rittergutsbes. Schultz-Stralkowo wiedergewählt und Herr Gutsbesitzer Heth aus dem Kreise Gnesen neugewählt. Für die Zuwahl weiterer Mitglieder zum Aufsichtsrat aus dem Kreise der bäuerlichen Besitzer sollen der nächsten Generalversammlung Vorschläge unterbreitet werden.

Eine Reihe von Satzungsänderungen, die wesentlich redaktioneller Natur sind, wurde beschlossen. Nach Eintragung dieser Aenderungen soll den Mitgliedern ein Neudruck der Satzungen zugehen.

Die Versammlung beschloß sodann, die Molkereigenossenschaft Schwersenz im Wege der Fusion in sich aufzunehmen.

Große Politik im Stadtverordnetensaal?

Die Posener Stadtväter protestieren gegen Borah — Gegen die Bevorzugung von Emeriten als Stadtratskandidaten — Markthalle vorläufig nicht aktuell

jr. **Posen**, 19. November.

Die „reine Politik" hielt gestern im Stadtparlament für einige Minuten ihren Einzug. Man fühlte sich nämlich veranlaßt, nach anderen Vorbildern auch seitens der Hauptstadt Großpolens gegen die Korridor-Aeußerungen des Senators Borah zu protestieren. Dies geschah in Form einer Entschließung, die der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Wybieralski vorlas und nach dem folgenden Beifall als einstimmig angenommen bezeichnete. Die deutschen Vertreter waren nicht anwesend.

Die Entschließung unterscheidet sich inhaltlich wenig von den bereits bekannt gewordenen, nur daß sie eben versucht, den Protest eingehender zu begründen, als es wohl bisher der Fall war. Es wird also gesagt, daß Pommerellen jahrhundertelang polnisches Land gewesen sei, daß auch die „brutalen Verdeutschungsmethoden" das Polentum dort nicht hätten vernichten können, daß dieses umstrittene Gebiet jetzt zu 90 Prozent polnisch und nur zu 10 Prozent deutsch wäre, daß die Deutschen in Pommerellen bei den letzten Sejmwahlen kein einziges Mandat errungen hätten, wobei natürlich vergessen wird, unter welchen Umständen die Wahlen gerade in Pommerellen stattgefunden haben; daß selbst die deutsche Statistik aus dem Jahre 1910 die Zahl der Polen mit 60 Proz. angegeben habe (ein offenbarer Irrtum in der Protestnote! D. Red.), daß es überhaupt keinen eigentlichen Korridor gebe und daß der Warenverkehr nach der Ostsee von polnischer Seite zehnmal größer sei als der deutsche nach Ostpreußen. Die Stadtverordnetenversammlung glaube freilich nicht, daß die lügenhaften und tendenziösen Aeußerungen Borahs von der Mehrheit des amerikanischen Volkes geteilt würden. Sie seien der Unkenntnis der osteuropäischen Verhältnisse im allgemeinen und einer besonderen Unkenntnis der polnischen Verhältnisse entsprungen. Die Stadtväter sind der festen Ueberzeugung, daß das amerikanische Volk weiter auf dem Grundsatze der Freiheit der Völker stehen werde, wie es von Wilson vertreten wurde, und daß dieses große Volk, der gemeinsamen Freiheitskämpfer Pulaski und Kosciuszko eingedenk, stets auf der Seite der geschichtlichen Gerechtigkeit zu finden sein werde. Ohne Unterschied der politischen Ueberzeugungen müßten aber die Polen gegen die „unerhörten" Aeußerungen Borahs protestieren, mit dem Hinweis darauf, daß das ganze polnische Volk bereit sei, das pommerellische Land zu verteidigen.

Stadtv. Budzyński glaubte durch Pfuirufe gegen Borah zu Beginn der Verlesung besonderes Aufsehen zu erregen.

Die „politische Stimmung" übertrug sich dann auf zwei Vorlagen, die die Wahl von unbesoldeten Stadträten betrafen. Hierbei kam es zu einer ganzen Reihe persönlicher Zusammenstöße, in deren Mittelpunkt Stadtv. Budzyński stand, der kleine Proben seiner Unverträglichkeit gab. Gegen die Nationaldemokraten wurde von verschiedenen Rednern der in der Minderheit befindlichen Gruppen der Vorwurf erhoben, daß sie in illoyaler Weise die Angelegenheit der Stadtratskandidaten unter sich abgemacht hätten, ohne die Opposition in die Karten blicken zu lassen. Da im Hauptausschuß die Kandidatenfrage nicht in der von der Gegnerschaft der Nationaldemokraten gewünschten Form erledigt worden war, brauchte man sich nicht zu wundern, daß zum Teil auch solche Dinge vor das breite Forum gezerrt wurden, die man der Oeffentlichkeit lieber vorenthalten sollte. Der Versammlungsleiter Wybieralski mußte hier geschickt einzulenken; er wies darauf hin, daß man in Zukunft nicht mehr in den gemachten Fehler verfallen dürfe.

Viel Mühe hatte er mit einem Kommunisten, der den Stadtv. Budzyński während seines Referats durch laute Zwischenrufe störte, wofür er dreimal zur Ordnung gerufen wurde.

Dr. Machowski von der offiziellen Sanierung erwiderte auf persönliche Ausfälle des Stadtv. Budzyński gegen den nicht hiesigen Stadtv. Żółtowski, daß man doch jede trennende Teilgebietspolitik vermeiden müßte. Man solle aus dem Stadtparlament keinen Sejm machen. Ferner erklärte er, daß er außer der deutschen Ausbildung — der Referent hatte nämlich den Inhalt eines deutschen Diploms wiedergegeben — auch noch andere Ausbildungsmethoden kenne, die sich mit den deutschen ruhig messen könnten. Redner kritisierte, wie u. a. auch die Stadtverordneten Adamek und Dr. Stark, die Begünstigung von Emeriten.

Schließlich wurde die Wahl der vorgeschlagenen Kandidaten durchgeführt. An Stelle des von der Wojewodschaft nicht bestätigten Stadtrats Dr. Lemańczyk wählte man mit 24 von 43 abgegebenen Stimmen Dr. Roman Grajzyński. Im zweiten Wahlakt erhielt Ing. Skotarek, der an die Stelle des Stadtrats Ruciński tritt, 28 von 44 Stimmen. Stadtrat Ruciński scheidet als aktiver Stadtrat im Februar nächsten Jahres aus denselben Gründen aus wie Stadtrat Podolka, und zwar deshalb, weil sie durch die neuen Besoldungsbestimmungen bezügl. ihrer Gehaltsbezüge schlechter gestellt würden als bisher. Dadurch werden rüstige Männer in das Heer der Emeriten gedrängt, wogegen besonders vom Stadtv. Budzyński zu Felde gezogen wurde.

Stadtrat Podolka besuchte übrigens gestern abend das Stadtparlament zum letzten Male. Auf seinem Pult lag eine gelbe Chrysantheme. Der Versammlungsleiter richtete Worte der Anerkennung an ihn und sprach die Ueberzeugung aus, daß der Stadtrat auch in seiner inaktiven Eigenschaft weiter seine Kräfte dem Stadtwohl zur Verfügung stellen werde. Dieser dankte, indem er der Stadtverwaltung seine besten Wünsche zum Ausdruck brachte.

Die Angelegenheit der Markthallen, die sehr viel Staub aufzuwirbeln vermochte, wurde von der Versammlung in aller Kürze erledigt, ohne daß man die umfangreiche Debatte, die im Hauptausschuß darüber geführt wurde, im Plenum wiederholt hätte.

Es referierte Stadtv. Stempniewicz, der u. a. erklärte, daß die Vorlage des Magistrats abzulehnen sei, weil sie augenblicklich nicht aktuell wäre und der Magistrat auch keine ausführlichen Pläne und Kostenanschläge unterbreitet hätte, die Sache also nicht genügend vorbereitet worden sei.

Stadtrat Zaleski verteidigte kurz die Magistratsvorlage, indem er u. a. darauf hinwies, daß das Projekt der Markthallen besonders von seiten der Landwirte unterstützt werde, daß die Kaufmannschaft zum großen Teil ihm wohlwollend gegenüberstehe, daß die Fleischerinnung sich unter gewissen Vorbehalten für das Projekt erklärt hätte und daß die Gärtner bezüglich der Aufhebung bisheriger Märkte sogar noch weiter gegangen wären.

Der vorerwähnte Beschluß des Hauptausschusses wurde darauf widerspruchslos angenommen. Etwas klanglos verschwand also die gut gemeinte, nur etwas radikal gedachte Vorlage, und damit ist ein neuer Versuch, eine der Ausstellungshallen der Allgemeinheit nutzbar zu machen, vorläufig gescheitert. Es lastet doch ein böses Omen auf den Ausstellungsbauten!

Wie sich nun der Magistrat zu dem konservativen Beschluß stellen wird, steht noch nicht fest. Man nimmt an, daß er sein Projekt teilweise durchführen wird. Die Debatten der interessierten Organisationen über dieses Thema dürften aller Wahrscheinlichkeit nach nicht so bald verstummen.

Ehrung eines deutschen Gelehrten in Posen

Auf Einladung des „Deutschen Vereins Posener Aerzte" hielt Herr Geheimrat Professor Dr. Lubarsch, ordentlicher Professor der Pathologischen Anatomie an der Berliner Universität, am Sonntag nachmittag einen Vortrag über den jetzigen Stand der Krebsforschung. — Die deutschen Aerzte aus Posen und Pommerellen hatten sich überaus zahlreich eingefunden, um den berühmten Forscher zu hören, und auch die deutschen Medizinstudierenden waren erschienen. Nach Beendigung der Sitzung fand zu Ehren von Herrn und Frau Professor Lubarsch ein Festessen mit Damen im Logensaale statt, und bei dieser Gelegenheit erinnerte Herr Dr. Lubarsch an die Zeit von 1899 bis 1904, in der er hier in Posen als pathologischer Anatom im Städtischen Krankenhaus und am damaligen Hygienischen Institut in der Breslauerstraße tätig war. Diesen Arbeitsstätten galt auch sein Besuch am Montag, über den der „Kurjer Poznański" wie folgt berichtet:

„In Posen weilte der weltberühmte Pathologe, Universitätsprofessor Dr. Otto Lubarsch aus Berlin. Der hervorragende Gast besuchte u. a. die Anatomisch-Pathologische Anstalt der Universität und wurde dabei von Prof. Dr. Ludwik Skubiszewski empfangen, der den hervorragenden Gelehrten und Forscher der Medizin studierenden Jugend vorstellte, die gerade zu einer Vorlesung versammelt war. Die Jugend begrüßte den führenden Vertreter der pathologischen Anatomie, der in herzlichen Worten dankte und fruchtbare Arbeit im künftigen Aerzteberuf wünschte. Nachdem er die Anstalt in Begleitung des Prof. Skubiszewski besichtigt hatte, verabschiedete sich der hervorragende Gelehrte, der einen sehr angenehmen Eindruck von dem warmen und aufrichtigen Empfang, der ihm bereitet worden war, mitnahm."

Es ist also nicht richtig, daß, wie ein kleines Provinzblatt schrieb, Professor Lubarsch einer Einladung der Posener Universität gefolgt war.

Operettentheater „Uśmiech"

Die vom Publikum mit täglich wachsender Begeisterung aufgenommene Operette „Das Land des Lächelns" von Lehar ist eine Attraktion für die kulturellen Kreise Posens gewesen. Die Inhaber der Hauptrollen, H. Dudiczówna, J. Fontanówna und J. Sendecki, werden bei jeder Vorstellung von den Zuschauern mit ungeheurer Freude auf offener Bühne begrüßt. Das gestrige erste Auftreten des Tenors A. Raczkowski, der nach längerer Abwesenheit begeistert begrüßt wurde, brachte wieder ein volles Haus. Das Operettentheater ist seit dem Tage seiner Eröffnung zu einer beliebten Vergnügungsstätte geworden, besonders da die Preise denkbar niedrig sind.

Posener Tageblatt

Aus aller Welt

Nr. 268

Freitag, den 20. November 1931

Weltpolitischer Beobachter

Ist die Indienkonferenz gescheitert? — Russische Schmeicheleien für Deutschland — Die zweite Balkankonferenz und ihre Ergebnisse

E. Jh. Am letzten Freitag schien nun auch die Indienkonferenz den Weg aller Konferenzen gegangen zu sein: die Verhandlungen drohten endgültig als ergebnislos abgebrochen zu werden. Als die Konferenz vor mehr als neun Wochen eröffnet wurde, schrieben wir, daß Gandhis in letzter Stunde gegebene Zusage, an der Konferenz teilzunehmen, dazu führen müsse, daß entweder dieser indische Prophet und Diplomat den strikten nationalen Grundsätzen des indischen Nationalkongresses von Karachi treu bleiben werde, um Führer des indischen Volkes bleiben zu können, die Konferenz aber scheitern werde, oder daß Gandhi selbständige Wege geht, um Ergebnisse zu erzielen. Das müßte aber Gandhis Stellung in Indien erschüttern. Gandhi hielt mit bewundernswerter Konsequenz an den Grundsätzen, die ihm mitgegeben wurden, fest. Er wußte, was für ihn auf dem Spiele stand. So konnte denn bis jetzt nicht einmal ein neuer Verfassungsentwurf für Indien als bescheidene Frucht dieser vielen Verhandlungen erreicht werden. Voraussetzung für die Gewährung einer indischen Selbstverwaltung, erklärt England, ist, daß die Bevölkerung Indiens unter sich einig wird. Niemals hat England Minderheitenpolitik um der Minderheiten willen getrieben. England hat den Grundsatz des Minderheitenrechts auch nur deshalb unter die versammelten Vertreter der Hindus und Mohammedaner geworfen, weil es wußte, daß sich die Völker Indiens über diesen schönen Zankapfel niemals einigen werden, zumal England gleichzeitig inoffiziell alles tat, um eine solche Einigung zu verhindern.

Erwartungsgemäß ist diese Einigung nicht zustande gekommen. Die Hindus, vor allem aber natürlich die Vertreter der Kongreßpartei verlangen weiter, daß man ihnen als den Herren des Landes die Regelung der Minderheitenfrage selbst überlasse, während die Minderheiten, vor allem die Mohammedaner, die genaue Festlegung des Minderheitenrechts zur Vorbedingung der Gewährung einer indischen Selbstverwaltung gemacht haben wollen, eine Auffassung, hinter der auch die britische Regierung, also England, steht. Die Forderungen der Minderheiten haben die Hindu-Delegierten abgelehnt. Während sich Hindus und Mohammedaner um dieses Minderheitenrecht in Indien unterhielten, hat England den Sturz seiner Währung, den Zusammenbruch der Arbeiterregierung und die Neuwahlen schlecht und recht überstanden. Am Freittg schien für Macdonald Englands Lage soweit stabilisiert zu sein, daß er den Zeitpunkt für gekommen sah, das Scheitern der Verhandlungen zwischen Hindus und Mohammedanern mit Bedauern feststellen und die Regelung des strittigen Verhältnisses zwischen Hindumehrheit und der mohammedanischen Minderheit von England aus ankündigen zu können. Wenn neue Meldungen auch besagen, daß die Sitzung des Verfassungsausschusses am Montag nicht ganz so trostlos verlief, wird man nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen den indischen Volksgruppen die Konferenz am Runden Tisch doch schon jetzt als ergebnislos ansprechen können, weil das Minderheitenproblem nun einmal auch für Indien die Kernfrage ist. Die englische Regierung, deren Außenpolitik jetzt ja von Simon geleitet wird, dürfte nun auf die Richtlinien des Simon-Berichts zurückgreifen, an der Zentralregierung vorläufig wenig ändern und lediglich der Selbstverwaltung in den Provinzen und Staaten größeren Bewegungsraum gewähren. Sollten demnächst Gandhi und die übrigen Vertreter der Hindus England ohne Garantien für eine Erfüllung der Forderungen des indischen Volkes verlassen, so dürfte Gandhis Drohung Wirklichkeit werden, d. h. die Kampagne der Widersetzlichkeit gegen England neu aufflammen. Eine Vertagung der Lösung der indischen Frage wird sich England heute kaum mehr erlauben können. England wird klug tun, jetzt den Indern von sich aus Kompromißlösungen zu diktieren, die gerade noch weitherzig genug sind, um die Gemüter zu beruhigen, bevor sie in Wallung geraten.

*

Rußland, das nach Eingeständnissen selbst von kommunistischer Seite in ein Stadium besonderer Not eingetreten ist, bemüht sich mit aller Macht, die finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen seines Aufbaus dadurch zu bessern, daß es mit den verschiedensten Staaten in Wirtschaftsverhandlungen tritt. Nachdem es unlängst erst mit Afghanistan, Persien, der Türkei und Litauen Erneuerungen und Erweiterungen der alten Verträge abgeschlossen hat, hat es neuerdings immer wieder den Wunsch einer vorteilhafteren Gestaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu europäischen Staaten, so zu Frankreich und Polen und nun auch zu Deutschland ausgedrückt. Besonders möchte es unter Stützung auf den Vertrag vom Jahre 1925 die Ausfuhr nach Deutschland heben, um die Handelsbilanz mit diesem Staate für sich günstiger zu gestalten. Kurz bevor die russischen Vertreter die Verhandlungen mit Deutschland am Ende der letzten Woche aufnahmen, hat die staatliche Sowjetpresse in einem recht plötzlichen Wechsel ihres bisherigen Standpunktes sich für die deutschen außenpolitischen Interessen eingesetzt. Ein Leitartikel der „Prawda" begründete in fast übertriebener Weise die Notwendigkeit einer grundlegenden Revision der Reparationsfrage und des Versailler Vertrages überhaupt. Mit ungewöhnlich lauten Worten geißelte er den französischen Plan einer Vorherrschaft über Europa. Nachdem der französische Imperialismus die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der schwächeren besiegten Staaten für seine politischen Ziele ausgenutzt habe (Oesterreich, Ungarn, Lettland, Rumänien und Südslawien), sei jetzt die Reihe an Deutschland. Frankreich gehe auf die Kontrolle über die deutsche Schwerindustrie aus. Schwerlich würden Amerika und England zum Schutze des deutschen Volkes, um dessen Hals Frankreich eine neue Schlinge werfen wolle, auftreten. Diesem Artikel ist unschwer anzusehen, warum er geschrieben wurde. Ohne Frage befürchtet Rußland, daß Deutschland zu Frankreich in engere Beziehungen tritt, womit eine Entfremdung Deutschlands zu Rußland und damit die Gefahr des Zustandekommens eines antirussischen Blocks unbedingt zusammenhängen würde. Man muß sich als Deutscher abgewöhnen, schöne Worte allzu ernst zu nehmen. Rußland braucht Abnehmer für seine Landesprodukte: Oel, Holz und Getreide. Um der guten ausländischen Valuten willen, hat es sich noch niemals gescheut, zur rechten Zeit Schmeicheleien oder Worte zu sagen, die sein Partner nicht ungern vernimmt.

*

Seit 1918 gilt das Wort von der Balkanisierung Europas. Auf der zweiten Balkankonferenz in Angora sprach Mustafa Kemal Pascha in bitteren Worten von den bisherigen politischen Idealen der Menschheit, die die Völker dazu treiben, einander totzuschlagen. Diesem alten Grundsatz der Politik, der ja besonders auf dem Balkan traurige Ernten gezeitigt hat und nun in Europa umgeht, stellte der große und siegreiche türkische Soldat das moderne Ideal der Zusammenarbeit entgegen. Mit der Begrüßung des Königs von Albanien, des heftigsten Widersachers der Türkei, unterstrich er wirksam seine Worte.

Das Ziel der Konferenz war, einen Balkanpakt zu schaffen. Eine Zwischenlösung ist erreicht worden. Den Balkanstaaten wurden multilaterale Schieds- und Freundschaftspakte empfohlen; auf wirtschaftlichem, turistischem, sanitärem und rechtlichem Gebiete (Unifizierung des Kriminalrechts!) sind Annäherungen erreicht worden, die Europa nicht übersehen sollte. Mit der Verhandlung über einen Balkan-Zollverein, der 60 Millionen Menschen umfassen würde, ist die Balkanfrage in ein neues konkretes Stadium der Lösung getreten.

Aber auf dieser Konferenz zeigte sich, daß die Voraussetzung für eine moralische Entspannung und wirksame politische Zusammenarbeit eine befriedigende Lösung des Minderheitenproblems ist. Zeitweise traten die großen Gegensätze der einzelnen Staaten auf diesem Gebiet so kraß hervor, daß ein Abbruch der Konferenz drohte. Schließlich fand man eine Zwischenlösung in der Ernennung einer Studienkommission, die auf der nächsten Balkankonferenz, die wahrscheinlich in Bukarest tagen wird, einen Bericht vorlegen soll. Außerdem sollen die Außenminister aller Balkanstaaten unter der Leitung der Türkei in jedem Jahre zur Beratung über die Minderheitenfragen zusammentreten.

Gewiß ist das Ergebnis auch dieser Konferenz nur schmal. Aber es sind doch wirkliche, gesunde Ansätze für eine Lösung da. Das Lehrreiche an dieser Konferenz ist, daß offenbar außerhalb der Institution des Völkerbundes mehr für die Befriedung der Völker getan wird und mehr Verständnis für die Wichtigkeit einer Lösung der Minderheitenfragen besteht als auf den wortreichen Genfer Debatten, obwohl das Wort von der „Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen" so sichtbar über der Völkerbundssatzung steht.

Japan die Großmacht des Ostens

Die Uebervölkerung der japanischen Inseln — Japans Heer und Flotte

Der Konflikt zwischen Japan und China hat sich in den letzten Tagen wider alles Erwarten außerordentlich verschärft. — — Japan als der Angreifer steht im Mittelpunkt des Weltinteresses.

Was wissen wir, was weiß der Durchschnittseuropäer von Japan, dem Inselkaiserreich im fernen Osten? Nichts oder doch so gut wie nichts! Wir haben gehört von Geishas, von japanischen Teehäusern mit bunt-lustigen Papierdächern, von Mandelblüten zu Füßen schneebedeckter Gebirge, von Erdbeben und Wiederaufbau — — ja. Aber nichts wissen wir in Mittel- und Westeuropa von der Uebervölkerung der japanischen Inseln, auf denen in jeder Minute vier Kinder geboren werden. Nichts wissen wir von dem Zwang Japans, Kolonialbesitz zu schaffen für seine Kinder, die die Inseln Jesso, Hondo, Shikoku und Kiusha nicht mehr ernähren können, wohnen doch heute schon auf nur 385 521 Quadratkilometern rund 56 Millionen Menschen.

Wir wissen weiter nichts von der mächtig aufstrebenden japanischen Industrie, die neue Absatzgebiete erobern muß, wenn sie nicht ersticken will; wir wissen nichts von dem seltsamen Doppelleben dieser merkwürdigen, kleinen, gelbgesichtigen

Menschen, in denen amerikanische Tüchtigkeit, amerikanischer Geschäftssinn sich verbunden hat mit uralt-asiatischer Höflichkeit und Glattheit.

Und wir wissen schließlich auch nichts von dem alten Rivalitätskampf zwischen dem fortschrittlichen, mit maßloser Energie zur Macht strebenden Japan und dem riesigen, von Menschen überquellenden „Reich der Mitte", China.

Die japanische Regierung hat seit Jahrzehnten schon ihr Hauptaugenmerk auf die Frage gerichtet, wie sie Siedlungsland für ihre Menschenmassen schaffen kann. Die Versuche, die industrielle Entwicklung Japans auf eine immer breitere Basis zu stellen, die Wasserkräfte des Landes als Energieerzeuger auszuwerten, den Ackerbau zu intensivieren — — das sind alles nur Versuche, nur Teillösungen eines Problems, das für Nippon lebenswichtig ist!

Man hat oft genug an die Massenauswanderung von Japanern nach Ostsibirien gedacht — — das Land aber gehört den Sowjets, die gar nicht daran denken, es freiwillig herauszugeben. Japan hat sich seit langem schon stark für die Mandschurei interessiert, die Land und Raum für Hunderttausende bietet. Aber auch hier sind die Besitzverhältnisse noch keineswegs geklärt; vielleicht aber leiten die Schüsse, die in diesen Tagen am Nonni-Fluß und an der berüchtigten Nonni-Brücke eine Entscheidung ein?

Man weiß es nicht, wie man überhaupt sehr wenig, viel zu wenig in der Welt von Japan und den ungeheuren, im japanischen Volke lebenden und wirkenden Kräften weiß. Nicht einmal die Mühe hat man sich gemacht, die Entwicklung des japanischen Heeres und der Marine genauer zu beobachten, die dank der großen Mittel, die die Regierung für sie aufwendet, zu ausschlaggebenden Faktoren in dem Machtkampf im fernen Osten werden können, ja, die heute schon so stark sind, daß die U. S. A. nicht ohne Grund in ihnen einen sehr gefährlichen Gegner sehen!

Die Stärke des stehenden Heeres in Japan — es besteht dort die allgemeine Dienstpflicht — beträgt schätzungsweise heute etwa 220 800 Mann, die in 17 Infanteriedivisionen und einige Kavalleriedivisionen eingeteilt sind (im Frieden befinden sich also 0,57 Prozent der Gesamtbevölkerung unter den Waffen). Die Kriegsstärke des Heeres wird auf rund 2,6 Millionen Mann geschätzt, die ausnahmslos hervorragend ausgebildet und bewaffnet sind. Zur japanischen Flotte gehören gegenwärtig

7 Linienschiffe,
5 Schlachtschiffe,
zahlreiche andere Kampfschiffe mit 310 000 To. Wasserverdrängung und
Flugzeugmutterschiffe mit zusammen 81 000 To. Wasserverdrängung.

Flugzeugwesen und Ausbildung der Spezialtruppen (Tanks, Gastruppen usw.) steht unter der Leitung englischer (!) Armeeingenieure.

Allein schon aus dieser sehr großen Heeresmacht wird der Laie erkennen können, daß Japan keineswegs mehr eine „hinterasiatische Macht auf tönernen Füßen" ist, sondern ein vollkommen modernes Staatswesen. Wohl schreibt der gebildete Japaner immer noch seine Briefe mit dem Pinsel in chinesischen Schriftzeichen von unten nach oben — — aber trotzdem klappern in den Büros der Kaufhäuser schon die Schreibmaschinen, trotzdem lernen schon die ABC-Schützen lateinische Buchstaben. Die alten Alphabete, das „Katakana" und das „Hiragana", werden zweifellos in absehbarer Zeit vergessen sein.

Genau so wie die Ausbildung und Ertüchtigung einer starken Armee wird auch von der Regierung die ständige Steigerung des Exports betrieben, für den in erster Linie in Frage kommen: Lebensmittel, Rohstoffe, Halbfabrikate usw. An Rohstoffen führt Japan aus: Steinkohle (Förderung im Jahre 1921: 32 Millionen Tonnen), Eisen, Kupfer, Blei, Gold, Zinkerz und Erdöl (Förderung im Jahre 1921: 347 000 Tonnen). Die Ausfuhr Japans bleibt zur Zeit noch etwas hinter der Einfuhr zurück, jedoch hoffen die maßgebenden Wirtschaftsführer, in absehbarer Zeit schon die Außenhandelsbilanz aktiv gestalten zu können. Vorausgesetzt natürlich, daß nicht irgendwelche einschneidenden Maßnahmen der anderen Großmächte hier die Hoffnungen der japanischen Regierung zunichte machen — — —

An Kolonien und Schutzgebieten besitzt Japan heute: Südsachalin oder Karafuto, Korea oder Tschosen, Kwantung, Formosa (Taiwan), Pescadores (Hokoto) und einige Inselgruppen der Karolinen (Jap usw.).

Dieser Kolonialbesitz umfaßt insgesamt 299 000 Quadratkilometer mit etwa zweiundzwanzig Millionen Einwohnern.

Nach Angabe der Regierung in Tokio aber reicht er längst nicht aus, um allen auf den Heimatinseln überzähligen Japanern Siedlungsmöglichkeiten zu schaffen. Das Verkehrswesen Japans ist seit der Jahrhundertwende durchaus modern aufgezogen. Nach den letzten offiziellen Mitteilungen im Jahre 1921 verfügt die Regierung allein auf den Hauptinseln (einschließlich Formosa) über 10 370 Kilometer Staats- und 3290 Kilometer Privatbahnen, ferner 8694 Postanstalten, 363 Kilometer Telegraphenlinien, 180 500 Kilometer Fernsprechlinien und 210 Unterseekabel mit einer Gesamtlänge von 14 200 Kilometern. Die Handelsflotte Nippons umfaßt ca. 3000 Dampfer mit 3 Millionen Tonnen Wasserverdrängung und 12 000 Segler mit 90 000 Tonnen Wasserverdrängung.

Die Verfassung Japans ist seit 1890 konstitutionell. An der Spitze des Reiches steht der Kaiser mit dem Titel „Mikado"; er wird beraten von 10 Ministern und 28 Räten. Als Volksvertretung ist vorhanden der aus 366 Abgeordneten bestehende Reichstag und das Abgeordnetenhaus mit 379 in direkter Wahl gewählten Mitgliedern. Das ganze Land ist eingeteilt in drei große Stadtbezirke (Tokio, Kioto und Osaka) und 34 Regierungsbezirke („Ken"), denen weitgehende Selbstverwaltungsrechte nach europäischem, zum Teil sogar nach preußischem Muster eingeräumt sind.

„Tönende Worte"

epd. Der Deutsche Volksbund „Rettet die Ehre!" (Zentrale Bremen) hat sich, eingedenk der Tatsache, daß Bremer Kaufleute einst die Begründer von Riga waren, mit einer Sympathiekundgebung an die deutschen Stammes- und Glaubensgenossen in Lettland gewandt. „Es ist, heißt es u. a. in dieser Kundgebung, ein Symptom des moralischen Tiefstandes unserer Zeit, daß alle Machthaber dauernd vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" und vom „Schutz der Minderheiten" in tönenden Worten reden und dennoch viele von ihnen unter einem bloßen Schein des Rechtes Gewalt statt Recht ausüben. Alle Welt steht unter dem Eindruck, daß dies auch gegen euch geschah, und daß sich diese Regierungsmethode auch selbst an menschlichen Andachtsstätten und an den Häusern Gottes auswirkt. Vom alten Bremen her rufen wir euch zu: Haltet in Gottvertrauen aus! Die Weltgeschichte wandelt sich! Auch Gottes Stunde kommt!"

Die Nationalitäten in den Staaten Europas

Zwei wichtige Neuerscheinungen im Verlage von Wilhelm Braumüller, (Universitätsverlagsbuchhandlung, Wien und Leipzig)

Daß die Entwicklung der Nationalitäten eins der wichtigsten Probleme für das zerstückte Nachkriegseuropa ist, beginnt langsam Allgemeingut all derer zu werden, die über den Ernst der Lage nachsinnen. Keine Befriedung Europas, meinen sie, ist möglich, ohne daß den unter fremder Herrschaft lebenden zahllosen Volksgruppen Genüge getan wird, ohne daß ihnen gewährt wird, was ihnen nach menschlichem und göttlichem Recht zusteht: wirkliche Sicherungen für ihre volklichen Lebensäußerungen: Sprache, Religion, Kunst, Wirtschaftsorganisationen, Presse u. dergl. mehr.

Der Verlag W. Braumüller, Wien und Leipzig, tritt mit zwei Neuerscheinungen vor die Oeffentlichkeit, die weiteste Beachtung verdienen, weil sie wichtige Beiträge zur Lage der Nationalitäten in Europa bringen. Der Ethnopolitische Almanach hat sich bereits im letzten Jahre, als er zum letzten Male im Auftrage des in Steglitz beheimateten „Instituts für Grenz- und Auslandsstudien" von Otto Junghann und M. H. Boehm herausgegeben wurde, wegen seiner geschickten Zusammenstellung und seiner sorgfältigen Redaktion viele Freunde gewonnen. Der für das laufende Jahr herausgegebene zweite Jahrgang (das Buch kostet gebunden 5 Rm.) ist den Grundsätzen seines Vorgängers treu geblieben. Der erste Abschnitt bringt Aufsätze und Berichte von zum Teil grundlegender Bedeutung. Bei uns dürfte der Aufsatz „Nationalitätenfragen und Territorialautonomie" von Dr. H. Dörge auf besonderes Verständnis stoßen. Dörges Untersuchungen stützen sich vor allem auf das memelländische Beispiel. Unsere Pädagogen werden dem Aufsatz von Dr. W. Henß Beachtung schenken müssen, der die „Zweisprachigkeit als pädagogisches Problem" untersucht. Eine für jeden Politiker wertvolle Dokumentensammlung fügt sich als Teil 2 an, der durch Materialien zur ethnopolitischen Länderkunde Europas abgeschlossen wird. Befaßten sich diese knapp und klar formulierten Materialien im Almanach 1930 mit Gebiet, Bevölkerung und den nationalitätenrechtlichen Grundbedingungen der einzelnen Volksgruppen in Europa, behandeln sie diesmal ihre politischen Organisationen und ihre Presse. Was dabei die Deutschen in Polen betrifft, so zeigt sich, daß die Informationen über die Presse nicht ganz vollständig sind (so fehlt z. B. das doch nicht ganz unwichtige „Pommereller Tageblatt"). Wer die Angaben über die übrigen Nationalitäten in Polen nachliest, wird wahrscheinlich erstaunt sein über die Reichhaltigkeit des dargebotenen Materials. Ueber welch reich gegliederte Presse gerade die Juden in Polen verfügen, wird mancher mit Erstaunen feststellen. Leider sind einige Nationalitäten in Polen, so die Russen, Tschechen und Kaschuben, überhaupt nicht beachtet worden.

Ein ungewöhnliches Verdienst hat sich der Verlag Braumüller ohne Zweifel dadurch erworben, daß er die Lageberichtsammlung „Die Nationalitäten in den Staaten Europas" in Kommission genommen hat. Die Leser unserer Zeitung werden sich erinnern, welch ungeheures Aufsehen unter allen Politikern der Welt diese Sammlung erregt hat, als sie ihnen anläßlich der letzten Genfer Tagung des Nationalitätenkongresses und des Völkerbundsrates vorgelegt wurde. In der Tat birgt dieses große Werk, das Dr. W. Ammende herausgegeben hat (568 Seiten, Preis brosch. 18 Rm.), eine unvergleichliche Materialsammlung über den Siedlungsraum, die Rechtslage und die soziologische Struktur der unglücklichen 40 Millionen Menschen Europas, die in Staaten leben müssen, in denen andere Völker die Macht ausüben.

Da die Herstellung dieses großen Werkes zwei Jahre in Anspruch nahm, ließ sich wohl eine Darstellung, die dem Augenblick der abschließenden Redaktion entspricht, nur schwer erreichen. So ist beispielsweise in Polen das Pressedekret vom 10. Mai 1927 bereits wieder, und zwar seit dem 28. Februar 1930, außer Kraft.

Leider vermissen wir Angaben über die Lage der deutschen Religonsgemeinschaften in Polen, insbesondere über die der evangelisch unierten Kirche im ehemals preußischen Teilgebiet.

Aber das sind angesichts der Fülle des geschickt angeordneten Materials, das dem Leser in prägnanter Fassung und lebendiger Schilderung vorgeführt wird, kleine Unzulänglichkeiten. Wer diese erste umfassende Darstellung der Nationalitäten in Europa durchstudiert hat, wird, wenn er einen offenen Blick und ein ehrliches Herz hat, wie wir davon überzeugt sein müssen, daß eine der Hauptursachen der Not der Welt die berechtigte Unzufriedenheit der Menschen ist, die zum Unglück aller nicht als freie Menschen leben dürfen, weil sie unterdrückte Nationalitäten sind, für deren Lebensforderungen jetzt bis in weiteste Kreise hinein so außerordentlich wenig Verständnis zu finden ist.

Dieses Buch gehört auf den Schreibtisch eines jeden Journalisten, Wissenschaftlers und irgendwie politisch interessierten Menschen, der eine Verantwortung für seinen Posten spürt. Man verkennt die politische Lage in Europa, wenn man die Lage der Nationalitäten nicht übersieht. Sich über sie zuverlässig zu informieren, gibt es keine Möglichkeit als dieses Buch, wenn es auch nicht umfassend ist, weil es die Nationalitäten in seiner Darstellung ausschließt, die unbegreiflicherweise zum europäischen Nationalitätenkongreß aus besonderen Gründen in Opposition stehen.

Erich Jaensch

Russlands Landwirtschaft im Kollektivbetrieb

Entwicklung 1931, Ernte und Zukunftsaussichten

(Schluss.)

Die Bauern scheinen sich vielerorts schon so weit auf die Hilfeleistung der Traktoren zu verlassen, dass sie die Pferde- und Rinderbespannung völlig vernachlässigen und dadurch leicht mit den Feldarbeiten in Verzug geraten. Die Konzentration der Traktorenarbeit bei den M.T.S. hat zweifellos den grossen Vorteil, dass die Maschinen, an denen ein geradezu ungeheuerlicher Verbrauch infolge ungenügender Sachkenntnis der Bedienungsmannschaften besteht, mehr geschont werden. Die M.T.S. erweisen sich aber zugleich auch infolge ihrer Wichtigkeit für die Kolchosen als eine sehr wirksame Kontrollinstanz für diese; so besonders bei der Ernte, die zum grossen Teil von den Kolchosen an die M.T.S. abgeliefert und von diesen auf Quantität und Beschaffenheit geprüft wird. Es kann wohl nicht ausbleiben, dass sich in den Gebieten der dichten Kollektivierung die Kolchosen immer mehr nach der Richtung von Sowchosen entwickeln, in denen die ehemaligen Bauern nur mehr Landarbeiter sind.

Diese erstrebte Entwicklung ist naturgemäss völlig davon abhängig, dass die inländischen Traktorenwerke den heimischen Bedarf decken können; denn Russland kann nicht daran denken, seinen gewaltigen Bedarf aus dem Ausland zu beschaffen. Die Traktoren wurden bis jetzt ausschliesslich auf den Putilow-Werken und in der grossen Fabrik von Stalingrad hergestellt. Im ersten Halbjahr 1931 wurden von beiden Werken 14 300 Traktoren herausgebracht. Nach dieser Angabe würde also die Sowjetunion nächst den Vereinigten Staaten die grösste Produktion an Traktoren auf der Welt erreicht haben. Gewiss wird sich in dieser Zahl noch ein gut Teil Ausschuss verstecken, da die Zählungen vor Aussonderung des Ausschusses vorgenommen werden, aber wenn sich die Produktion hier eingespielt hat, darf man bestimmt auch russische Konkurrenz in anderen Agrarländern erwarten. Am 1. Oktober ist ferner das grosse Traktorenwerk in Charkow in Probebetrieb genommen, sowie die Lastwagenfabrik Stalin (früher Amo) in Moskau. Zusammen mit den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen in Rostow und in der Ukraine werden diese Werke in nicht sehr ferner Zeit in der Lage sein, die Union vom Bezuge ausländischer Agrargeräte unabhängig zu machen.

Ueber die neue Ernte lässt sich naturgemäss etwas Abschliessendes noch nicht sagen. Die Witterungsverhältnisse sind im allgemeinen ein wenig schlechter gewesen als im Vorjahr, in manchen Gegenden wurde ausgesprochen über Trockenheit geklagt. Bei der Einbringung der Ernte machten sich aber entsprechend der fortgeschrittenen Kollektivierung in verstärktem Masse die auch im Vorjahr beobachteten Mängel bemerkbar. In erster Linie steht da das fehlende Verantwortungsgefühl des einzelnen gegenüber der Gesamtheit (Objeslitschka), infolgedessen die Feldarbeiten nachlässig und langsam ausgeführt werden. An vielen Stellen fehlte es aber auch an Material, für das früher der Bauer selbst gesorgt hatte, so zum Beispiel Bindegarn; daher musste das Getreide oft ungebunden eingefahren werden, die Einfuhrwege waren bestreut mit losem Getreide, vielfach blieb das Korn geschnitten auf dem Felde, dem Verderben preisgegeben.

Wie nicht anders zu erwarten, spielte auch der Kampf zwischen selbstsüchtigen Kolchosen und den Beschaffungsbehörden eine grosse Rolle. So musste durch Verfügung der Exekutiv-Kommission des ZIK die Bildung aller Sonderfonds an Erntegut für Reserve, Saatgut und Futterzwecke ausdrücklich verboten werden, ehe die Anforderungen des Planes erfüllt waren. Immerhin arbeitet die Erfassung schon ein wenig sicherer als im letzten Jahr, denn am 1. Oktober waren 43% des Beschaffungsplanes erfüllt gegen 33% vor einem Jahr. Das ergibt sich auch daraus, dass die Anzahl der „tiefen Punkte", d. h. der letzten Getreidesammelpunkte, an denen das Getreide von der Beschaffungsstelle übernommen wird, von 16 000 am 1. Januar 1931 auf 1200 verringert werden konnte. Am meisten würde die Beschaffungsarbeit zweifellos gefördert werden, wenn es gelänge, ein ausgedehntes Elevatorennetz in den Getreideüberschussgebieten zu schaffen. Dafür ist allerdings wieder Vorbedingung, dass die Eisenbahnen und der Wassertransport glatter funktionieren als es bis jetzt der Fall ist.

Der Wintersaatplan war bis 25. Oktober mit 35 Millionen ha zu 82% erfüllt. Es wird aber seitens der Behörden darüber geklagt, dass die Bauern, wo sie die Anbaufläche ausdehnen, Roggen ansäen anstatt Weizen, der für die Ausfuhr notwendig ist, aber im persönlichen Verbrauch der Einzel- und Kolchosenbauern eine geringe Rolle spielt. Von der für die Frühjahrsbestellung vorgesehenen Fläche waren bis zum 25. Oktober nur 25 Mill. ha umgepflügt, gleich 60% des Planes, dessen Erfüllung auf diesem Gebiet bis zum Eintritt des Frostes also ziemlich unwahrscheinlich ist.

Gegenüber den staatlichen Getreidefabriken bilden die staatlichen Viehfarmen wesentlich kleinere Aggregate. Am 1. Oktober bestanden 14 300 Meiereifarmen mit 2,7 Mill. Stück Vieh, 12 800 Schweinefarmen mit 1,3 Mill. Schweinen, 2100 Schaffarmen mit einem Bestand von 2,18 Mill. Schafen und 5200 Geflügelfarmen mit 7,7 Mill. Tieren. Unter der Herrschaft des Fünfjahresplanes geht weniger eine allgemeine gleichmässige Entwicklung vor sich, sondern eine an verschiedenen Punkten, je nach dem festgestellten Schwächezustand des Gebietes, ruckartig vorwärts getriebene. Neuerdings scheint dies bei der ein wenig in Rückstand geratenen Viehzucht der Fall zu sein.

Revision des russischen Fünfjahresplanes

Sowjetrussland hat sich lange dagegen gesträubt, die Unzulänglichkeit und Unerfüllbarkeit des Fünfjahrplanes zuzugeben. Jetzt hat man sich zu einem solchen Zugeständnis aber doch offiziell bequemen müssen. Die vom 28. bis 31. Oktober tagende Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat mit aller Offenheit eine Reihe von Mängeln im Fünfjahrplan festgestellt und Reformen beschlossen. Zur Behandlung standen der Rechenschaftsbericht des Volkskommissariats für Verkehrswesen über das Eisenbahntransportwesen, die Entfaltung des Sowjethandels, die Verbesserung der Belieferung der Arbeiter und die Arbeiter- und Bauern-Inspektion. Zu den Verkehrs- und Eisenbahnfragen nahm die Plenarsitzung des Zentralkomitees eine Entschliessung an, worin festgestellt wird, dass der Eisenbahntransport infolge Nichtbeseitigung früherer Mängel immer noch ein ernstes Hindernis für die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahrplanes bleibe. Die Entschliessung billigt die Massnahmen der neuen Leitung des Verkehrskommissariats für die Sicherstellung der ununterbrochenen Arbeit im Transportwesen und verpflichtet den Obersten Volkswirtschaftsrat, die Arbeit in den Waggon- und Lokomotivbau-Fabriken unverzüglich bis zu ihrer höchsten Leistungsfähigkeit zu entfalten und die Produktion bis zu einem Grade zu erweitern, der die Ausführung des vergrösserten Programmes für 1932 sicherstellt.

Da die Plenarsitzung das Tempo des Volkskommissariats für Verkehrswesen und Industrie in bezug auf die Durchführung der Rekonstruierung des Transportwesens für vollständig unbefriedigend hält, beauftragt sie den Rat der Volkskommissare, den Gesamtplan der Rekonstruierungsarbeiten für 1932 bis zum 1. Dezember zu revidieren. Der Plan hat unter anderem vorzusehen: die Elektrifizierung wichtiger Linien im Ural und die Rekonstruierung der Lokomotivfabriken, um neue, grössere Lokomotivtypen bauen zu können; er sieht den Bau neuer Brücken über die Wolga, Oka und den Ob vor. Da ein grosser Bedarf an neuem Personal besteht, ist der Vorbereitung der neuer Kader durch die technischen Hochschulen erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, sowie das bestehende Eisenbahnkader durch Umqualifizierung bereits arbeitenden technischen Personals ohne Unterbrechung seiner Arbeit zu verstärken. Die Arbeit der Eisenbahnen muss so gesteigert werden, dass die Durchführung des Fünfjahrplans unbedingt sichergestellt wird.

In einer weiteren Entschliessung des Zentralkomitees wird auf die vollkommene Unzulänglichkeit des Handelsgenossenschaftsapparates hingewiesen, die durch den bürokratischen Geist, der noch immer nicht ausgemerzt sei, verursacht werde. Die Bürokraten, die vielfach ihre Arbeiten überhaupt nicht verstehen, lassen einen Mangel an tatsächlicher Sorge für die Konsumenten erkennen. Im Interesse der weiteren Entfaltung des Sowjethandels sowie im Interesse der Verbesserung der Belieferung der Arbeiter beschloss daher die Plenarsitzung neben der weiteren Entwicklung des Kleinhandelsnetzes der Konsumgenossenschaften die Belieferung der selbständigen Kleinhandels-Vereinigungen mit Produkten eigener Erzeugung. Ausgehend von der Politik systematischer Senkung der Warenpreise, billigte die Plenarsitzung eine 30prozentige Preissenkung im Handel. Der Ausbildung und Umqualifizierung von Handelsangestellten durch Entfaltung des Netzes für Hochschulkurse sowie auch der Abendkurse ist besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Neuer Staatskapitalismus in Italien

Der Faszismus übernimmt die Alleinverantwortung — Grossbanken und Industrie völlig unter die Oberhoheit Mussolinis gestellt

Rom, 17. November.

Fast das einzige Gesprächsthema der römischen Oeffentlichkeit ist gegenwärtig die Organisierung des offenen Staatskapitalismus, wie er durch die Gründung eines staatlichen Mobiliar-Kredit-Institutes, der Società Finanziare Industrie, in die Wege geleitet worden ist. Mit Leidenschaft diskutiert man die theoretischen und praktischen Auswirkungen der faszistischen Neuordnung des gesamten Wirtschaftslebens. Der amtliche Optimismus wird allerdings nicht überall geteilt, da über viele Einzelfragen noch Unklarheit herrscht und besonders die währungstechnischen Rückwirkungen des hundertprozentigen Einstehens des Staates für die Verpflichtungen der sanierten Grossbanken vorläufig undurchsichtig sind.

Das Problem des faszistischen Staatskapitalismus ist durch die Wirtschaftskrise, die auch in Italien immer grössere Verheerungen anrichtet, etwas überraschend zur Klärung getrieben worden. Nachdem der Staat schon in den letzten Jahren in immer engere Verbindung mit den italienischen Grossbanken, dem Credito Italiano, der Banca di Roma und anderen gelangte, musste er auch bei der grössten italienischen Bank, der Banca Commerciale Italiana, eine Stützungsaktion durchführen, da die Bank illiquid geworden war und staatlicher Garantien bedurfte. Diesen Augenblick benützte Mussolini zur endgültigen Liquidierung des privatkapitalistischen Systems in Italien. Die Idee des produktiven und organischen Industriekapitals, die schon 1926 in Forderungen des Faszistenrates behandelt worden war, wurde praktisch verwirklicht. Der Gesamtbestand an Beteiligungen und Industrieaktien wurde der Banca Commerciale Italiana abgenommen und einem staatlichen Institut für Mobiliarkredit übereignet, das von jetzt ab allein das Recht zur Aktienemission, Obligationsemission, Anlegung von Kapital im Ausland, überhaupt zur industriellen Finanzierung besitzt.

Die umfassende Aufgabe des neuen Industrie-Finanzierungs-Institutes geht aus seinem Statut deutlich hervor. Es arbeitet zunächst mit einem Stammkapital von ½ Milliarde Lire, das zur Hälfte vom Staat, zur anderen Hälfte von den staatlich anerkannten Verbänden unterschrieben wird. Darüber hinaus ist das Institut berechtigt, Obligationen bis zur Höhe des zehnfachen Betrages des Stammkapitals, also bis zu 5 Milliarden Lire, auszugeben, die vom Staat garantiert werden. Der Zweck des Instituts ist die Gewährung von Krediten an nationale Privatindustrien gegen Garantie in Mobiliarwerten, sowie die direkte Beteiligung an solchen Industrien. Die Kreditdauer ist mit zehn Jahren begrenzt. Die Leitung der neuen Bank setzt sich aus einem vom Staat ernannten Präsidenten, sowie einem staatlichen Vizepräsidenten zusammen. Neben zwei Mitgliedern des Finanz- und Korporationsministeriums kommen in den Verwaltungsrat weitere zehn Mitglieder, die von staatlichen Verbänden ernannt werden.

Durch diese Verfassung ist praktisch die gesamte Finanzmacht Italiens in dem neuen Institut konzentriert. Sämtliche anderen Bankinstitute werden zu reinen Depositen- und Diskontbanken. Die bisherige Nebenregierung von Wirtschaft und Kapital wird aufgehoben. Die Maschinerie des faszistischen Staates absorbiert gleichsam jede vom Staat unabhängige Privatinitiative. Nur nationale Gesichtspunkte behalten auch für die Wirtschaft Wert. „Ausserstaatliche" Interessenbindungen kommen nur noch in Frage, wenn sie vom Staate mitübernommen, gutgeheissen und garantiert werden. Mit der Kontrolle über die Banken und die Industrie hat der Faszismus die Verantwortung für die einheitliche Gestaltung des gesamten nationalen, politischen und wirtschaftlichen Lebens auf sich vereinigt.

Es ist verständlich, dass die überzeugten Faszisten in dieser Entwicklung einen grossen Schritt nach vorwärts erblicken. In den Wirtschaftskreisen selbst beurteilt man die Lage skeptischer. Vor allem verfolgt man mit Sorge das Risiko, das der Staat aus Prestigegründen mit der hundertprozentigen Garantierung sämtlicher Aktienpakete der Commerzbank übernommen hat. Dieses Riesenengagement wird auf mindestens eine Milliarde geschätzt, und es erscheint zweifelhaft, ob es durch die Ausgabe von Obligationen wirklich ohne Erschütterung der italienischen Währung gedeckt werden kann. Auch sonst bleiben Fragen offen, die besonders den Eingriff des Staates in die internationalen privatwirtschaftlichen Bindungen der Industrie betreffen. Für Deutschland ergeben sich hieraus zweifellos Möglichkeiten, da der faszistische Staat unter Umständen leichter die Bedenken überwinden könnte, die von der italienischen Privatwirtschaft gegen eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland erhoben worden sind. Aber diese Entscheidungen sind nicht sicher. Sie sind, wie auch alle übrigen, nicht mehr rein finanzieller und wirtschaftlicher, sondern politischer Natur. Der neue italienische Staatskapitalismus wird dadurch in eine Problematik hineingezogen, die in ähnlicher Art auch den russischen Staatskapitalismus erfüllt. Es ist die Frage, ob die staatliche Verwaltung elastisch genug ist, um mit ihren politisch bestimmten Entscheidungen den Konkurrenzkampf auf dem internationalen Weltmarkt erfolgreich durchzuführen. Vorläufig sind die Römer noch voller Stolz über den neuen Sieg des Duce. Die Zukunft muss zeigen, ob die Verstaatlichung von Banken und Industrie einem Bewusstsein der Stärke oder einer hinter einer grossen Geste verborgenen Schwäche entsprang.

Schwierigkeiten bei den Eisenverhandlungen mit Russland

Zu den gegenwärtig in Moskau stattfindenden Verhandlungen über polnische Eisenlieferungen nach der Sowjetunion wird mitgeteilt, dass die Moskauer wirtschaftsamtlichen Stellen sich grundsätzlich zur Vergebung neuer Aufträge an die ostoberschlesischen und altpolnischen Eisenhütten bereit erklärt haben. Eine Einigung scheint indessen noch in weiter Ferne zu liegen, da die Finanzierungsfrage die grössten Schwierigkeiten bereitet. Die polnischen Industrievertreter verlangen eine Kürzung der Kreditfristen, die für die bisherigen Eisenlieferungen nach Russland 18 Monate betragen haben, auf höchstens 12 Monate, was man russischerseits keineswegs zubilligen will. Bekanntlich befinden sich im Besitz der ostoberschlesischen Eisenindustrie aus früheren Exporttransaktionen Russenwechsel für insgesamt 80 Mill. Złoty, für die zur Zeit infolge der internationalen Finanzkrise keine Diskontierungsmöglichkeit besteht. Der Ausgang der gegenwärtigen Moskauer Verhandlungen wird auf mehrere Monate hinaus über die weitere polnische Eisenausfuhr nach der Sowjetunion entscheiden. Ihre Bedeutung für die Eisenindustrie in Polen geht daraus hervor, dass für die ostoberschlesischen Hütten die Lieferungen nach der Sowjetunion in den ersten acht Monaten d. J. über 60 Prozent ihres Gesamtabsatzes ausgemacht haben.

Doch wieder Russenaufträge

Wie aus Warschau gemeldet wird, verhandelt man gegenwärtig über einen neuen Lieferungsauftrag, den Sowjetrussland nach Polen geben will. Es handelt sich um die Lieferung von Holzbearbeitungsmaschinen im Gesamtbetrage von 400 000 Dollar, die die „Vereinigung polnischer Mechaniker aus Amerika" übernehmen wird. Dem Vernehmen nach sollen die Verhandlungen bereits vor ihrem günstigen Abschluss stehen. Die Vergebung weiterer Aufträge, vor allem für die oberschlesischen Hütten, hängt von dem Erfolg der gegenwärtig in Moskau geführten Besprechungen ab; polnischerseits hofft man, dass diese Aufträge, die bisher die Existenz der Hütten aufrechterhielten, wenn auch in verkürztem Umfange weiter erteilt werden.

Um die Schweineausfuhr nach Oesterreich

Die österreichische Regierung hat in der letzten Woche das polnische Einfuhrkontingent für lebende Schweine weiter herabgesetzt, und zwar auf 1500 Stück. Nur diese Menge darf zu dem ermässigten Zoll eingeführt werden, sämtliche Lieferungen dagegen, die das genannte Kontingent überschreiten, müssen den vollen Zoll bezahlen, dessen Höhe die Ausfuhr gänzlich unrentabel macht. Im gleichen Verhältnis soll das Einfuhrkontingent für Schweinefleisch herabgesetzt werden. Für die laufende Woche ist als Uebergang eine provisorische Zollabfertigung angeordnet worden, bei der jedoch die polnischen Exporteure sehr schlecht abschneiden. Nach den Anordnungen der Regierung dürfen 65% des bisherigen Kontingents, d. h. 1650 Stück, noch zu dem ermässigten Zoll eingeführt werden. Das provisorische Kontingent für Fleisch beträgt 74% des bisherigen. Da seitens der polnischen Exporteure die Zusammenstellung der Lieferungen für die laufende Woche unter Berücksichtigung der bisherigen Kontingente vorgenommen haben, entstehen ihnen durch die neue Regelung beträchtliche Verluste. Man befürchtet überdies, dass die neue Verkürzung der österreichischen Einfuhrkontingente nachteilige Wirkungen auf die inländische Preisgestaltung für Borstenvieh ausüben wird.

Verlängerte Zollermässigungen

Durch eine unter dem 31. Oktober 1931 veröffentlichte Verordnung ist die Geltungsdauer der Verordnung vom 7. Juli 1931 über Zollermässigungen für Klippfische, getrocknet, und Makrelen, frisch (im Wasser) bis zum 30. April 1932 verlängert worden. Der ermässigte Einfuhrzoll beträgt für:

getrocknete Klippfische . . 9.36 zł für 100 kg,
frische Makrelen . . . . 14.95 zł für 100 kg.

Ueber die Gewährung der Zollermässigung entscheidet in jedem einzelnen Falle das polnische Finanzministerium.

Klippfische, getrocknet (Tarifnr. 37, P. 3 b II) unterliegen keinem Einfuhrverbot (vgl. I und II Nr. 153 v. 4. 8. 1931).

Baumwollhafen Gdingen

Bremen soll völlig ausgeschaltet werden

Die Anstrengungen Polens um Konzentrierung seines ganzen Baumwollimportes in Gdingen sind in ein akutes Stadium getreten. Nachdem die Baumwolltransporte über Gdingen im ersten Semester 1931 fast 10 000 t erreicht haben (gegen 509 t im ganzen Jahr 1930) soll jetzt durch Schaffung eines Baumwoll-Konsignationsplatzes in Gdingen das Problem der Baumwolleinfuhr unter Ausschaltung der deutschen Vermittlung einen neuen Anreiz erfahren. „Dziennik Bydgoski" spricht bereits die freudige Hoffnung aus, dass Gdingen die alljährlich 30—40 Millionen betragenden Einnahmen Bremens an den Baumwolltransaktionen nach Polen nunmehr selber einheimsen werde.

Zu dieser Frage erteilt in der halbamtlichen „Gazeta Handlowa" der Direktor Byczkowski von der Warschauer Transportgesellschaft, der von einer Reise nach Bremen zurückgekehrt ist, folgende Informationen: In der Bremer Handelswelt werde die Organisierung des Baumwollimportes über Gdingen mit grösstem Interesse verfolgt. Die vorbereitenden Arbeiten werden bereits seit längerer Zeit von den zuständigen Gdingener Stellen betrieben, so dass mit Aufnahme der regelmässigen Baumwolleinfuhr schon in Kürze gerechnet werden könne. Seit einigen Monaten weile in Gdingen ein Spezialfachmann für Baumwollverladungen, der die einschlägigen Arbeiten überwacht. Die letzten Schwierigkeiten für den direkten Baumwollimport und für den selbständigen Baumwollhandel seien jetzt beseitigt worden, nachdem das Finanzministerium die mit Konsignationsbaumwolle handelnden Firmen generell von der Umsatzsteuer befreit hat. Damit habe der polnische Baumwollhandel eine feste Entwicklungsmöglichkeit erhalten. Die Uebernahme des ersten grösseren Transportes von Konsignationsbaumwolle, nämlich von 7350 t, die der Dampfer „Dalgas" direkt von Amerika nach Gdingen gebracht hat, bedeute einen historischen Moment sowohl für den polnischen Baumwollhandel als auch für den Hafen von Gdingen; darüber hinaus sei der erste Baumwolltransport als ein Zeichen des Vertrauens zu einer polnischen Firma (lies: Warschauer Transportgesellschaft) zu werten, nachdem die Durchführung derartiger Transaktionen bisher als Monopol der alten, ausländischen (Bremer) Firmen galt.

Grosspolens Kartoffelmarkt

Mangelnde Organisation hemmt gesunde Entwicklung

Der Direktor der Kartoffelhandelszentrale in Posen, Marjan Bartkiewicz, äussert sich in der „Gazeta Handlowa" über die gegenwärtige Lage auf dem Kartoffelmarkt in Grosspolen folgendermassen:

„Die Kartoffelernte war in diesem Jahre im allgemeinen um 20 Prozent geringer als in den vorangegangenen Jahren. In verschiedenen Kreisen haben starke Niederschläge bewirkt, dass man zum zweiten Male stecken musste, wodurch die Ernte um 3 Wochen verzögert wurde. Zur Orientierung verdient hervorgehoben zu werden, dass alle „Hindenburg"-, „Deodara"- und „Wohltmann"-Kartoffeln im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren einen weit geringeren Gehalt an Stärkemehl aufweisen, was vom Gesichtspunkt der Fabrikinteressen nicht als günstig bezeichnet werden kann. Der Absatz auf dem Binnenmarkt entwickelt sich in normaler Weise. Die grosspolnischen Kartoffeltransporte gehen vor allen Dingen nach Oberschlesien. In letzter Zeit werden grössere Ankäufe von seiten der Arbeitslosenkomitees getätigt, wie z. B. aus dem Dabrowaer Kohlenrevier. Was die gelben Kartoffeln, wie „Industrie" und „Preussen", betrifft, so ist ein grösserer Absatz erst für das Frühjahr zu erwarten. Ausgeführt werden Speisekartoffeln vor allem nach England. Die Ausfuhr polnischer Kartoffeln nach den britischen Märkten erfolgt in solchen Mengen, wie das letztens der Fall war, allerdings verhältnismässig selten. Die Ausfuhr von Kartoffeln nach England rentiert sich nur bei den roten und weissen Kartoffeln. Ferner wurden Saatkartoffeln nach der Schweiz ausgeführt. Hier hat der Absatz mehr spekulativen Charakter, weil die Schweiz in der Voraussicht, dass der grösste Teil der Ware im Westen Europas im Winter verderben wird, Saatkartoffeln zu den gegenwärtig billigen Preisen kauft, damit sie nicht im Frühjahr den doppelten Preis zahlen braucht. Trotz gesteigerter Ausfuhr nach englischen Märkten liess der Export in der letzten Saison viel zu wünschen übrig, da zu 80 Prozent die Absatzmärkte Frankreichs und Belgiens abgefallen sind, weil diese Länder selbst eine solche Ernte hatten, dass ein sofortiger Verbrauch geboten ist. Diese Märkte werden sich also dem polnischen Export erst Ende Februar oder Anfang März erschliessen.

In dieser Saison ist für uns nur der englische Markt geblieben, der in diesem Jahre Polen und Deutschland nur deshalb offensteht, weil das holländische Angebot ausgefallen ist. Holland hat sonst den Löwenanteil an Englands Kartoffeleinfuhr, doch ist in diesem Jahre die holländische Kartoffel infolge hohen Feuchtigkeitsgehaltes zum Ueberwintern gar nicht geeignet. Der englische Markt ist als Absatzgebiet für Polen nicht sehr günstig: 1. weil er bezüglich der Qualität der Ware die höchsten Anforderungen stellt, 2. weil nur Sackware zu 50 kg gekauft und 3. weil die Ware erst nach ihrem Eintreffen bezahlt wird. Ein Transport nach England dauert mindestens 14 Tage, während der Exporteur dem Produzenten prompt bezahlen muss, namentlich wegen der auf diesen Monat entfallenden grossen Rückzahlungen von Saatkrediten und Düngerwechseln.

Polen ist auf den Auslandsmärkten, besonders in England, stets auf die Konkurrenz Hollands gestossen, das jedoch in diesem Jahre, wie schon gesagt, ganz abgefallen ist. Infolgedessen rentiert sich unsere Ausfuhr mehr als in den vergangenen Jahren. Die deutsche Konkurrenz ist für uns fast unschädlich, weil wir die Kartoffeln nach England aus der 0,5-Kilometerzone schicken können — ich denke hier natürlich an die Zone des Kartoffelkrebses —, da in Polen der Kartoffelkrebs weit weniger um sich gegriffen hat, als in Deutschland. Die Preise für Exportkartoffeln hielten sich in der letzten Saison auf ca. 5 zł loko Grenze für 100 kg mit Vermittlungsgebühren und Transport. Der Produzent erhielt 3.40 bis 3.80 zł.

Die Lage im Kartoffelhandel ist als hoffnungslos zu bezeichnen, und zwar vor allen Dingen durch die Zersplitterung des Binnenmarktes. Ein Chaos auf dem Markte wird dadurch verursacht, dass kleine oberschlesische Kaufleute, die im Auftrage amtlicher Bahngenossenschaften oder anderer Aemter auftreten und die Märkte bereisen. Diese Kaufleute können, an unseren Verhältnissen gemessen, die Ware überzahlen. Sie zahlen nicht den Transport und geniessen beträchtliche Bahnermässigungen, wodurch der Markt desorientiert wird.

Die Wünsche der Kartoffelindustrie lassen sich kurz wiedergeben. Vor allen Dingen muss eine Transportermässigung für den Export und eine Herabsetzung der Sackpreise erfolgen. Ein Jute-Sack für 50 kg kostet bei uns 70 Groschen, während in Deutschland ein Sack für 100 kg nur 38 Pfennig kostet. Wichtig ist auch, dass der Dienst der Seelinie Gdingen—England verbessert wird. Während aus Hamburg jeden zweiten Tag ein Schiff abgeht, geschieht es in Gdingen einmal in der Woche. Wenn man also den Transport via Gdingen bewerkstelligen wollte, dann werden unsere Kartoffeln nicht 14 Tage, wie das beim Export via Hamburg der Fall ist, sondern 24 Tage unterwegs sein.

Märkte

Getreidepreise im In- und Auslande

Durchschnittliche Wochenpreise der vier Hauptgetreidearten in der Zeit vom 9. bis 15. November 1931, nach Berechnung des Getreide-Warenbüros in Warschau, für 100 kg in Złoty:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	27.10	26.22	28.31	25.37
Danzig	26.13	26.30	29.09	24.82
Krakau	26.04	25.69	27.75	25.58
Lublin	25.05	24.54	24.91	23.19
Posen	24.90	24.95	28.00	24.40
Lemberg	23.81	24.45	—	24.75
Auslandsmärkte:				
Berlin	47.70	41.60	37.00	31.70
Hamburg	26.53	—	19.54	20.44
Prag	39.86	40.52	34.19	30.50
Brünn	39.34	40.66	34.58	30.10
Wien	39.26	41.40	50.15	34.38
Liverpool	23.60	—	—	23.52
Chicago	21.45	19.49	19.84	17.44
Buenos Aires	26.84	—	—	26.20

Vieh und Fleisch. Warschau, 18. November. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 0.90—1.40 zł. Aufgetrieben wurden 1368 Stück. Tendenz: fester; Markt: belebt.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Getreide. Posen, 19. November. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Richtpreise:

Weizen	25.00—25.50
Roggen	25.75—26.00
Gerste 64—66 kg	22.25—23.25
Gerste 68 kg	23.75—24.75
Braugerste	27.50—29.00
Hafer	24.50—25.00
Roggenmehl (65%)	38.00—39.00
Weizenmehl (65%)	37.50—39.50
Weizenkleie	16.50—17.50
Weizenkleie (dick)	17.50—18.50
Roggenkleie	17.25—18.00
Raps	33.00—34.00
Viktoriaerbsen	25.00—29.00
Folgererbsen	30.00—32.00
Speisekartoffeln	3.80—4.00
Fabrikkartoffeln pro Kilo %	20
Senf	39.00—43.00

Gesamttendenz: beständiger. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 75 to., Weizen 45 to., Gerste 30 to., Hafer 15 to., Erbsen 15 to., Raps 15 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz.

Getreide. Lemberg, 17. November. Börsenbericht. Börsenpreise für 100 kg. Parität Podwołoczyska: Kartoffeln 3.75—4, Lein 36—38, Raps 30—31. An der Börse wurden Transaktionen in Kartoffeln sowie Exekutionsverkäufe in Raps und Lein getätigt. Tendenz: behauptet; Marktverlauf: ruhig.

Lemberg, 18. November. Marktpreise für 100 kg Parität Lemberg: Gutsweizen 26—26.50, Sammelweizen 24.50—25, Gutshafer 26.25—26.75. Börsenpreise Parität Podwołoczyska: Gutsweizen 24—24.50, Roggen 24.75—25, Gutshafer 23.75—24.25, Industriekartoffeln 3.75—4. Marktpreise Parität Podwołoczyska: Sammelweizen 22.50—23, Winterraps 31—32. An der Börse wurden Transaktionen in Weizen, Roggen, Hafer und Kartoffeln getätigt. Weizen ist etwas billiger geworden, dagegen ziehen Hafer und Raps an. Tendenz: uneinheitlich; Marktverlauf: ruhig.

Lublin, 18. November. Amtlicher Bericht der Getreide-Warenbörse in Lublin. Die Preise verstehen sich für 100 kg in Złoty: Einheitshafer, 255 t, 25, Sammelhafer, 15 t, 24.20. Orientierungspreise Parität Lublin: Gutsroggen 25.50, Sammelroggen 25, Gutshafer 26—26.50, Sammelweizen 25—25.50, Braugerste 24—24.50, Gerstengrütze 22.50—23, Einheitshafer 24.50 bis 25, Sammelhafer 24—24.25, Roggentypmehl 40, Schrotmehl 30, Weizenmehl, 40% 47, 65% 43, Roggenkleie 16.50, Weizenkleie (dick) 15.50, gemahlen 15, Winterraps 36, Senf 31—32, Seradella 24—25, Rotklee 150—170, Weissklee 275—350, Malz 45—46, Speisekartoffeln 4.50—5, Stroh, ungepresst 4—5, Heu, ungepresst 10—12. Das Angebot üfr Getreide, besonders für Hafer, ist etwas grösser. Tendenz: fester, bei geringen Umsätzen.

Danzig, 17. November. Letzte amtliche Notierung für 100 kg: Weizen, 130 Pfd., weiss 15.25, Weizen, 128 Pfd., rot, bunt 14.75—15, Weizen, 126 Pfd., rot, bunt 14.25, Roggen, 120 Pfd. 15.25, Gerste, feine 16—17.25, Gerste, mittel 14.50—15.50, Gerste, geringe 14, Futtergerste 14, Hafer 14—14.50, Viktoriaerbsen 16—19, Grüne Erbsen 17—20.50, Roggenkleie 11, Weizenkleie 11. Zufuhr nach Danzig in Wagg.: Weizen 11, Roggen 5, Gerste 41, Hülsenfrüchte 17, Kleie und Oelkuchen 23, Saaten 4.

Berlin, 17. November. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Roggen, märk., neu 197—199, Braugerste 166—175, Futter- und Industriegerste 162—165, Hafer, märk. 145—149, Weizenmehl 28.50—32.50, Roggenmehl 27—29.25, Weizenkleie 10.50—11, Roggenkleie 10.50 bis 11, Viktoriaerbsen 24—30, Kleine Speiseerbsen 25 bis 28, Peluschken 17—19, Ackerbohnen 16.50—18, Wicken 17—20, blaue Lupinen 11—12.50, gelbe Lupinen 13—15, Leinkuchen 13.60—13.90, Trockenschnitzel 6.10—6.20, Soyaschrot, ab Hamburg 11.80, ab Stettin 12.40.

Bromberg, 18. November. Die Industrie- und Handelskammer notiert folgende Preise für 100 kg franko Verladestation, im Grosshandel: Weizen 23 bis 24, Roggen 23.50—23.80, Mahlgerste 22—22.50, Braugerste 25—26.50, Hafer 23—23.40, Weizenkleie 16—18, Roggenkleie 16.50—17.50, Viktoriaerbsen 23 bis 28. Marktverlauf: ruhig.

Bromberg, 18. November. Notierungen im Grosshandel für 1 kg: Rindfleisch I. 1.30—1.40, II. 1 bis 1.20, III. 0.40—0.80, Schweinefleisch I. 1.28—1.32, II. 1.20—1.26, III. 1—1.16, Kalbfleisch I. 1.30—1.50, II. 1—1.20, III. 0.70—0.90, Hammelfleisch I. 1.30—1.40, II. 1—1.20, III. 0.80—0.95.

Kartoffeln. Bromberg, 18. November. Preise für 100 kg loko Verladestation: Exportkartoffeln „Industria" zum Stecken 4.50—5, Speisekartoffeln „Industria" 3.60—4, weisse 4—4.50, Odenwälder blaue 4.50—5. Marktverlauf: ruhig.

Zucker. Magdeburg, 16. November. Preise für Weisszucker einschliessl. Sack und Verbrauchssteuer für 50 kg brutto für netto ab Verladestation Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mind. 200 Zentner gemahlenen Melis bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen: —. Lieferung November 31.50, November-Dezember 31.50. Tendenz: ruhig.

Metalle. Warschau, 17. November. Das Handelshaus A. Gepner notiert folgende Preise für 1 kg: Bancazinn in Blocks 6, Hüttenblei 0.90, Hüttenzink 0.90, Antimon 1.40, Hüttenaluminium 3.60, Kupferblech 3.10—3.50, Messingblech 2.70—3.80, Zinkblech 1.24.

Warschauer Börse

Warschau, 18. November. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.89—8.8925, Goldrubel 5.085, Tscherwonetz 0.53 Dollar, Silberrubel 1.70, deutsche Mark 211, englisches Pfund 33.70.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.85, Berlin 211.70, Bukarest 5.33½, Kopenhagen 184.50, Oslo 184.00, Stockholm 186.00, Italien 46.12, Montreal 7.99.

Industrieaktien

	18. 11.	17. 11.		18. 11.	17. 11.
Bank Polski	110.00	110.00	Węgiel	—	—
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	—	—
Puls	—	—	Modrzejów	—	—
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	—	—	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąparków	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Gosławice	—	—	Br. Jabłków	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	53.00
W. T. F. Cukru	19.50	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Majewski	—	—
Wysoka	—	—	Żegluga	—	—
Sole Potasowe	82.00		Mirków	—	—
Drzewo	—		Kijewski	—	—

Tendenz: uneinheitlich.

Amtliche Devisenkurse

	18. 11. Geld	18. 11 Brief	17. 11. Geld	17. 11. Brief
Amsterdam	357.90	359.70	358.00	359.80
Danzig	173.52	174.38	173.57	174.43
Berlin *)	—	—	—	—
Brüssel	123.89	124.51	—	—
Helsingfors	—	—	—	—
London	—	—	33.77	33.93
New York (Kabel)	8.90	8.94	8.901	9.941
Paris	34.87	35.05	34.89	35.07
Prag	26.37	26.50	26.36	26.48
Rom	—	—	46.06	46.30
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—
Zürich	173.42	174.18	173.52	174.38

Tendenz: schwächer.

Fest verzinsliche Werte

	18. 11.	17. 11.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	—	41.75
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	61.00	61.50
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	—	—
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr)	—	—
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100 G.-zł)	79.25	79.50
7% Stabilisierungs-Anleihe	58.50	59.50
3% Bauanleihe	—	

Posener Börse

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte

	19. 11	18. 11.
Notierungen in %:		
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł)	—	—
5% Konvertierungsanleihe (100 zł)	40.50G	40.50G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł)	—	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	79.50B	80.00P
4% Konvertierungspfand d. P. Ldsch. (100 zł)	30.00G	—
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos Ldsch. (1 D.-Zentner)	14.50G	14.75F
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	77.00B
8% Hypothekenbriefe	—	—

Industrieaktien

	19. 11.	18. 11.		19. 11.	18. 11.
Bank Polski	108.00G	108.00G	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf. Victor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stadthagen	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unja	—	—
Goplana	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Gródek Elektr.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Zw. Ctr. Mass.	—	—

Tendenz: behauptet.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Sämtl. Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Infolge des Buss- und Bettages fallen die gestrigen Notierungen auf den Geld- und Warenbörsen Deutschlands aus.

Die Schuld der Arbeitslosen

Verkehrte Sozialpolitik — Zu hohe Forderungen, zu geringe Leistungen der Landarbeiter

Wir haben an dieser Stelle schon öfter zur Frage der Arbeitslosigkeit Stellung genommen. Eine Zuschrift, die wir veröffentlichen, stellte die Forderung, der steigenden Entwertung der Arbeitsmoral durch die unterschiedslose Unterstützung aller Arbeitslosen dadurch entgegenzuarbeiten, daß grundsätzlich nur Unterstützung vom Staat erhalten soll, wer in irgendeiner Form produktive Arbeit leistet. Im Mittelpunkt des Aufsatzes stand die sehr ernste Frage, ob durch das heutige Unterstützungssystem nicht die Zahl der Arbeitslosen künstlich vermehrt wird, weil keine Scheidung zwischen Arbeitswilligen und Arbeitsscheuen getroffen wird. Der Bürger soll das Recht zur Arbeit haben. Der Staat soll dafür sorgen, daß er Arbeit bekommt. Es gibt gerade in unserem Staate der Arbeitsaufgaben genug: Im Osten harren weite Gebiete der Urbarmachung, überall bedürfen die Straßen einer gründlichen Neuinstandsetzung oder fehlt es an Wohnungen. Der Staat soll solche Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen organisieren. Dadurch würde gleichzeitig der innere Markt erweitert werden, womit der Wirtschaftskrise am wirksamsten entgegengearbeitet werden würde.

Die Ausführungen, die wir zu diesen Fragen hier machten, fanden ein lautes Echo.

Wir geben hier der Stimme eines kleineren Landwirts Gehör, dessen Ausführungen uns deswegen wertvoll erscheinen, weil sie aus der täglichen Erfahrung des kleineren Arbeitgebers entsprungen sind. Wir sind selbstverständlich auch weiterhin gern bereit, weiteren Stimmen, die zu dieser Frage etwas zu sagen haben, hier Gehör zu geben.

*

Eine Statistik seitens der Krankenkassenärzte würde Zeugnis davon ablegen, wie hoch der Prozentsatz des Krankenkassenpatienten im Gegensatz zu dem der Privatpatienten ist. Ein kleinerer Landwirt beschäftigte einen Rentenempfänger als Viehpfleger. Da dieser Mann kein Alkoholgegner war, kam er an seinen freien Tagen stets in guter Stimmung nach Hause. Einmal hatte er dabei das Pech, vom Wagen zu fallen, wobei er sich eine leichte Verletzung am Knie zuzog. Da der Besitzer der Landwirtschaft Krankenkassenbeiträge bezahlt hat, führte der nächste Weg dieses Leichtverletzten zum Krankenkassenarzt, der Umschläge und drei Tage Bettruhe vorschrieb. Der Patient wurde nun vom Besitzer verpflegt und gepflegt, und nach 20 Tagen Schonung vom Arzt gesund geschrieben. Als er die Lohnstelle verließ, nahm er das Krankengeld von zirka 17 zł an sich. Außerdem verlangte er vom Besitzer auch noch für die Tage, an denen er krank war, den Lohn.

Ein zweites Beispiel sei angeführt, das sich auf die gewiß traurige Lage der Arbeitslosen bezieht. Ein kleiner Besitzer, welcher bereits seit 27 Jahren mit 3 und 4 Dienstboten wirtschaftet, stellte einen arbeitslosen Knecht im Alter von 45 Jahren mit einem Monatslohn von 45 zł bei Wäsche und Kost ein. Am zweiten Arbeitstag bereits meldete dieser Knecht dem Besitzer, er sei gewöhnt, nicht viel, aber gut zu essen. Darum schrieb er folgenden Küchenzettel vor: morgens eine Tasse Milch, zum zweiten Frühstück belegte Stullen, aber weniger dik als gut geschmiert und gut belegt, mittags Suppe, Braten und Kartoffeln, zum Vesper wieder gut belegtes Brot, abends wieder Fleisch mit Kartoffeln. Da der Besitzer, bei dem, wie überall anerkannt wird, normale Kost geführt wird, diesen Anforderungen nachzukommen nicht in der Lage war, wurde diesem Knecht gekündigt.

Es ist ein großes Uebel, daß der kleinere Besitzer seine Leute meistens gleich mitverpflegen muß, und daß diese Leute gerade auf diesem Gebiet einsichtslose Forderungen stellen. Dabei hatte gerade dieser Arbeiter von der Landwirtschaft fast gar keine Ahnung, was daraus hervorgeht, daß er für einen vier Morgen großen Roggenschlag einen Ertrag von 200 Zentnern schätzte.

Wenn man sich derartige Fälle überlegt, und sie sind keineswegs selten, sondern bilden die Regel, muß man sich ernsthaft fragen, ob nicht vielleicht viele Arbeitslose durch ihre übertriebenen und unerfüllbaren Ansprüche selbst an ihrer Lage schuld sind. Gewiß soll und muß geholfen werden, wo es not tut. Der heutige Arbeiterstand, jedenfalls der Landarbeiterstand, ist weitgehend verdorben. Er leistet wenig, stellt aber dafür unmögliche Ansprüche. Wären die Leistungen größer, dafür aber die Ansprüche der heutigen Lage entsprechend geringer, müßte auch die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen.

Er weiß sich vor der Arbeit zu drücken

l. **Obornik**, 16. November. Am 11. d. Mts. in den Abendstunden fand man in der Nähe der Heilanstalt Milowoda auf der Straße einen bewußtlosen Mann, der aus einer Kopfwunde blutete. Man schaffte den Besinnungslosen in die nahe Anstalt. Nach etlichen Tagen nahm sich die Polizei des seit langer Zeit als Gauner bekannten Mannes an. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen arbeitsscheuen Simulanten handelt, der sich gern auf Staatskosten Verpflegung und Obdach gewähren läßt. Dasselbe Manöver ist dem Gauner schon einige Male geglückt; erst kürzlich brachte er auf diese Weise längere Zeit im Spital in Wongrowitz zu.

Unaufgeklärter Mord bei Thorn

108jähriger Bettler ermordet

× Thorn, 18. November. In Wólka bei Mława ist vor einigen Tagen der 108jährige Jan Kaczmarczyk, der sein Leben vom Betteln fristete, ermordet worden. Seine Leiche fand man auf dem Boden des Wanisiewiczschen Hauses, wo er seit einigen Jahren wohnte. Am Kopfe hatte er zwei große Wunden, die von einer Axt herrühren. Die Mörder haben ihrem Opfer, als es nach den Axtschlägen noch schwache Lebenszeichen von sich gab, mit Lumpen den Hals verdreht und dann die Leiche mit Heu und Stroh zugedeckt. Es besteht der Verdacht, daß die Hausinsassen Antoni und Ewa Wanisiewicz den Greis wahrscheinlich deshalb ermordet haben, weil er, da er wegen seines Alters nichts zum Unterhalt beitragen konnte, für sie eine Last war. Die mutmaßlichen Mörder wurden verhaftet und ins Gefängnis gesetzt, wo sie auf die Gerichtsverhandlung warten.

Gerichtliche Sühne eines Mordes

× **Thorn**, 18. November. **Vor dem Bezirksgericht spielte sich der Epilog des Verbrechens ab, das am 27. Juni d. J. von zwei Banditen, dem 23jährigen Stefan Lewandowski und dem 19jährigen Roman Konarski, am hellen Tage an der 50jährigen Geschäftsinhaberin Meta Pohl in der ulica Kopernika begangen wurde. Bei der Verhandlung schob einer die Schuld auf den andern. In seinem Schlußwort erklärte Lewandowski, daß er Frau Pohl nicht ermordet habe. Er wolle aber nicht im Gefängnis leiden und bitte deshalb, ihn zum Tode zu verurteilen. Das Gericht verurteilte Lewandowski zu lebenslänglichem Gefängnis und Konarski zu 10 Jahren Zuchthaus, beide unter Absprechung der bürgerlichen Ehrenrechte.**

Acht Arbeiter gasvergiftet

× **Schroda**, 19. November. **In der hiesigen Zuckerfabrik erlitten acht Arbeiter eine Gasvergiftung. Dank der energischen Rettungsaktion gelang es, sieben Arbeiter wieder ins Leben zurückzuführen, während der 73jährige Arbeiter Kajdasz starb.**

Warthekahn geht unter

× **Birnbaum**, 19. November. **In der Nähe der Warthe-Brücke ging ein mit 200 To. Kohle beladener Kahn unter. Er gehörte Maximilian Wojciechowski aus Zielona Góra, Kreis Samter. Beim Durchfahren unter der Brücke war der Kahn gegen einen Brückenpfeiler angestoßen, wodurch er leck wurde. Bei der Rettungsaktion wurde dem Flieger Josef Bartoszak ein Bein gebrochen. Der Verkehr auf der Warthe ist bis zur Beseitigung des Hindernisses gesperrt.**

Lissas erster Bürgermeister kommt wieder in Amt und Würden

k. **Lissa**, 18. November. **Gestern fand vor der Disziplinarkommission in Posen die Appellationsverhandlung gegen den Ersten Bürgermeister, Herrn Kowalski, statt, der in erster Instanz wegen angeblicher Verfehlungen im Dienst von seiner Amtstätigkeit suspendiert wurde.**

Im Appellationsverfahren wurde das Urteil der ersten Instanz aufgehoben und dem Bürgermeister nur wegen eines Vorwurfs ein Verweis erteilt. Gleichzeitig wurde Herrn Kowalski für die Zeit seiner Suspendierung vom Dienst das volle Gehalt zuerkannt. Wann Herr Bürgermeister Kowalski seine Amtstätigkeit erneut antreten wird, ist bisher noch nicht festgesetzt worden.

Lissa

k. Die Welage hatte am gestrigen Mittwoch die Frauen und Töchter ihrer Mitglieder zu einer Versammlung im kleinen Saale des Hotel Foest eingeladen. Der Geschäftsführer der Bezirksgeschäftsstelle, Herr Netz-Lissa, eröffnete die Versammlung und übergab Frau von Loesch-Jablone die Leitung der Versammlung. Frau von Loesch streifte in kurzen Worten die Ursachen, die zur Abhaltung von Frauenversammlungen im Rahmen der Welage führten und erteilte hierauf Fräulein Trippensee-Posen das Wort zu ihrem Vortrag über „Berufsberatung, Ausbildung und Stellenvermittlung von Landwirtstöchtern". Die Rednerin erklärte in anschaulicher Weise Sinn und Wesen der Berufsberatung, zeigte Berufe, in denen Aussicht auf ein Fortkommen besteht und wies auf Berufe hin, die vollkommen überfüllt sind. Frau Gräfin von Schlieffen-Wioska sprach hierauf über die Bedeutung der Jugend im Kampf um die Erhaltung des deutschen Volkstums in unserer engeren Heimat. Ihre fesselnden Ausführungen wurden mit viel Interesse aufgenommen und mit reichem Beifall belohnt. Nachdem noch Herr Netz einige geschäftliche Punkte erörterte, schloß Frau von Loesch die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß in Zukunft vierteljährlich regelmäßige Versammlungen für die Frauen und Töchter der Mitglieder der Welage stattfinden werden.

Schmiegel

ka. Schadenfeuer. Am Dienstag abend gegen 9 Uhr entstand in dem 9 Kilometer entfernten Poln. Wilke ein Brand, dem die große Gutsscheune mit sämtlichen Vorräten und einem in der Nähe stehenden Schober zum Opfer fielen. Die herbeigeeilten Feuerwehren konnten nach angestrengter Tätigkeit das Feuer auf seinen Herd beschränken. Der Schaden ist bedeutend und nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Als Ursache des Feuers wird Brandstiftung angenommen.

ka. Diebstahl. In den letzten Tagen wurde dem Landwirt Stachowiak aus Presse aus dem verschlossenen Stall ein zwei Zentner schweres Schwein gestohlen und auf dem nahen Felde geschlachtet. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Kempen

gr. Jahrmarkt. Am Dienstag, dem 24. November, findet hier der nächste allgemeine Jahrmarkt statt.

gr. Festnahme eines Diebes. Im vorigen Monat wurde dem Landwirt Mindak, wohnhaft in Miechów, eine Geldkassette mit 200 Złoty sowie Schuldscheinen über verliehenes Geld in Höhe von 1200 Złoty und Ausweispapieren gestohlen. Den Nachforschungen der Polizei ist es zu verdanken, daß der Täter verhaftet werden konnte.

Inowrocław

z. Großer Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum letzten Sonntag drangen unbekannte Diebe in die Wohnung der unverheirateten Wanda Gutowska in Rynarzewo ein und raubten dort eine große Menge Garderobenstücke und Wäsche im Gesamtwerte von 2500 Złoty. Sämtliche gestohlene Wäsche war mit den Buchstaben N. G. gezeichnet.

Reichthal

⚖ Goldene Hochzeit. Am 16. d. Mts. feierte das Ehepaar Wieczorek-Dörnberg das seltene Fest der Goldenen Hochzeit. Dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche!

Andacht in den Gemeinde-Synagogen

Synagoge A. Freitag, abends 4 Uhr. Sonnabend, morgens 7½, vorm. 10, nachm. 4 Uhr mit Schrifterklärung. Sabbath-Ausgang 4.38 Min. — Werktägl. morgens 7½ Uhr, mit anschließendem Lehrvortrag, abds. 4 Uhr. Sonntag, morg. 8 Uhr.

Synagoge B (Dominikańska). Sonnabend nachmittags 3½ Uhr: Jugendandacht.



Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen in Paris

Die erste Sitzung des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees wurde am Freitag durch den französischen Ministerpräsidenten Laval in Paris eröffnet. — Von links nach rechts: der Präsident des französischen Komitees Gignoux, Ministerialdirektor Ritter vom Auswärtigen Amt, der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, Ministerpräsident Laval, Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium.

Herzattacke Briands

In den Abendstunden des gestrigen Tages, während im französischen Parlament die Debatte über die Auslandspolitik in vollstem Gange war, wurde Briand plötzlich schwach. Er war wie immer in der Regierungsloge erschienen, interessierte sich sehr für die lebhafte Polemik der Parteien und plauderte auch mit dem Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Leger. Kurz darauf sank er im Sessel zusammen, der Kopf fiel ihm auf die Brust herab, und eine tiefe Ohnmacht nahm ihn gefangen. Es entstand eine große Aufregung, die sich wenige Minuten später dem ganzen Hause mitteilte. Die Beratungen wurden sofort unterbrochen. Ein Abgeordneter, der Arzt von Beruf ist, begab sich sofort zu Briand, um eine genaue Untersuchung vorzunehmen, was in dem ganzen Durcheinander nicht so einfach war. Der Ohnmächtige wurde sofort aus der Loge getragen und im Privatwagen nach der Wohnung im Quai d'Orsay gebracht.

Die untersuchenden Aerzte stellten dann eine schwere Herzattacke fest. Auf jeden Fall aber, so heißt es offiziell, gibt sein Zustand zu ernsteren Besorgnissen keinerlei Anlaß; er muß jedenfalls seine Arbeit unterbrechen und sich einer sorgfältigen Kur unterziehen. Der Arzt stellte fest, daß sein letzter Kuraufenthalt keine nennenswerteren Fortschritte gezeitigt habe, weil der Minister zu früh von Freunden und Bekannten aufgesucht worden sei. Die Pariser Presse widmet dem Zwischenfall sehr viel Beachtung. Die Rechtspresse betont mit ziemlicher Schärfe, daß ein so schwerkranker Mann nicht auf einem so verantwortungsvollen Posten stehen dürfe, und sie fordert energisch die sofortige Neubesetzung des Außenministeriums.

Aus der Republik Polen

Abbau der sowjetrussischen Handelsbeziehungen

Warschau, 19. November. (Eig. Tel.) Wie die polnische Ostagentur „ATE" über Riga meldet, wird in der nächsten Zeit ein Abbau zahlreicher russischer Handelsvertretungen im Auslande erfolgen. Dieser Abbau steht im Zusammenhang mit der erheblichen Verringerung der Handelsumsätze der Sowjets mit dem Auslande. Das Außenhandelskommissariat hat alle auswärtigen Vertretungen angewiesen, den Beamtenapparat abzubauen. Insgesamt sollen 600 Beamte des Außendienstes abgebaut werden, und zwar in erster Linie Beamte der Handelsvertretungen. Lediglich die Handelsvertretungen in London und Berlin sollen ungefähr in ihrem bisherigen Ausmaß bestehen bleiben. Wie die vorerwähnte polnische Agentur zu berichten weiß, befürchtet man in Sowjetrußland, daß ein Teil der abgebauten Sowjetbeamten es vorziehen wird, in den kapitalistischen Ländern zu bleiben und nicht in das Sowjetparadies zurückzukehren.

Vizeminister Stamirowski

Warschau, 18. November. Wie bereits in den ersten Tagen des Brest-Prozesses verlautete, war die Stellung des Vizeministers im Innenministerium, Stamirowski, nach seinen Aussagen in diesem Prozeß als Belastungszeuge erschüttert, da man seine Aussagen für sehr ungeschickt hielt. Die Gerüchte über einen sofortigen Rücktritt bewahrheiteten sich damals nicht und Vizeminister Stamirowski erhielt am 11. November noch einen Orden, wenn er auch für diesen Orden bereits vor dem Brest-Prozeß in Vorschlag gebracht worden sein dürfte. Es hieß sodann, das Vizeminister Stamirowski möglicherweise zum Wojewoden von Pommerellen ernannt wird an Stelle des Wojewoden Lamot. Wie von der Regierungspresse gemeldet wird, ist für den Wojewodenposten von Pommerellen jedoch der jetzige Vizewojewode von Lodz und ehemalige Wojewode von Wilna Kirtiklis, vorgesehen.

Gestern wurde überraschend die Ernennung des bisherigen Vizeministers im Ministerratspräsidium, ehemaligen Wojewoden von Lemberg und Leiter der Pazifizierungsaktion in Ostgalizien, Nakoniecznikoff-Klukowski zum Vizeminister im Innenministerium unterzeichnet. Der bisherige Vizeminister des Innenministeriums, Stamirowski, wurde mit dem Posten eines Unterstaatssekretärs im Präsidium des Ministerrates betraut. Man ist sich noch nicht im klaren darüber, ob Vizeminister Stamirowski später nicht doch noch auf einen sehr wichtigen Posten im Innendienst berufen werden wird.

Ernsthafte Zwischenfälle beim Straßenbahnerstreik in Warschau

Warschau, 19. November. (Eig. Tel.) Der Straßenbahnerstreik in Warschau ist gestern entgegen den Vorhersagen nicht beigelegt worden. Unter den Straßenbahnern agitieren gegenwärtig umstürzlerische Elemente, und die Berufsverbandsleitungen haben die Gesamtheit der Straßenbahner nicht mehr in der Hand. Die Verhandlungen, die vorgestern abend bereits zu einem vorläufigen Ergebnis geführt hatten, sind seit gestern früh wieder gegenstandslos geworden, da die Arbeit von den Straßenbahnern einfach nicht wieder aufgenommen wurde. Einige städtische Autobusse, die gestern verkehrten, wurden in den Straßen Warschaus von streikenden Straßenbahnern überfallen und demoliert. Man warf mit großen Pflastersteinen die Scheiben ein, wobei zahlreiche Autobuspassagiere verletzt wurden. Auch der Autobusverkehr mußte daraufhin gestern abend völlig eingestellt werden.

Zentrumsvorstand und Ausschüsse im Reichstag

Berlin, 19. November. Im Reichstag trat am Donnerstag vormittag der Vorstand der Zentrums unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Perlitius zu einer Sitzung zusammen, die der Besprechung der politischen Lage gewidmet war. Reichskanzler Dr. Brüning nahm an der Sitzung teil.

Um 11 Uhr begannen die Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages, der in den nächsten Wochen gewissermaßen die Beratungen des Reichstagsplenums ersetzt, die in normalen Zeiten im allgemeinen in November und Dezember stattfinden. Die Tagesordnung des Ausschusses ist sehr umfangreich. Nach Erledigung mehr formaler Angelegenheiten wird der Ausschuß als erste größere Frage die Anträge zur Pensionskürzung behandeln. Hierzu liegen dem Ausschuß der vor etwa einem Jahr eingebrachte Gesetzentwurf der Regierung und acht Anträge und Gesetzesvorschläge der Parteien vor. Das Hauptinteresse bei den Beratungen dürfte der Frage einer Höchstpension zukommen. Die Sozialdemokraten haben ihre Forderung einer Höchstgrenze von 12 000 Mark wiederholt, der sich auch die Bayerische Volkspartei und andere Parteien anschließen. Die Beratungen, bei denen als Berichterstatter der sozialdemokratische Abgeordnete Roßmann wirkt, werden mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Heute nachmittag treten ferner der Wohnungsausschuß und der Verkehrsausschuß des Reichstages zusammen. Der Wohnungsausschuß beschäftigt sich mit den Anträgen über ein Wohnheimstättengesetz, der Verkehrsausschuß mit der Kraftverkehrsordnung und mit dem Schenker-Vertrag.

Groener

Die Regierungsumbildung hat dazu geführt, daß ein Mann mit praktischer Machtfülle ausgestattet wurde wie noch keiner in Friedenszeiten vor ihm. Dieser Mann ist General Groener, der Heeres- und zugleich Innenminister des Deutschen Reiches.

Wilhelm Groener ist der Sprößling einer altwürttembergischen Beamtenfamilie. Er wurde am 22. November 1867 in Ludwigsburg geboren, von wo auch seine Vorgänger Dr. Geßler stammt. Nach bestandener Reifeprüfung trat er im Herbst 1884 bei dem Infanterie-Regiment Nr. 121 in seiner Heimatstadt ein, rückte im September 1886 zum Leutnant auf und wurde 1897 nach dem Besuch der Kriegsakademie zur Dienstleistung beim Großen Generalstab kommandiert. Zwei Jahre später wurde er als Hauptmann in die Eisenbahn-Abteilung des Generalstabes versetzt, der er seit dem Jahre 1912 als Chef mit Unterbrechungen bis zum Jahre 1916 angehörte. Zwischendurch war er zwei Jahre Kompagniechef bei dem Infanterie-Regiment 98 in Metz, tat dann Dienst als Generalstabsoffizier bei dem Generalkommando des 13. (württembergischen) Armeekorps in Stuttgart und befehligte dann ein Bataillon im Infanterie-Regiment 120.

Bei der Mobilmachung wurde Oberst Groener Chef des Feldeisenbahnwesens, das nicht nur bei dem Aufmarsch im Osten und Westen, sondern auch später eine bedeutende, oft ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Nach dem Durchbruch bei Tarnow-Gorlice, zu dessen Gelingen die Eisenbahnen sehr viel beigetragen haben, wurde Oberst Groener im Juni 1915 außer der Reihe zum Generalmajor befördert und erhielt im Herbst 1915 den Orden Pour le merite, sowie den württembergischen Militärverdienst-Orden, mit dem der persönliche Adel verbunden ist.

Bei jeder Gelegenheit war das besondere Organisationstalent des Generals hervorgetreten, ebenso war seine gewaltige, nie versagende Arbeitskraft bekannt. Er war daher der am meisten geeignete Mann, um am 1. November 1916 das neu errichtete Kriegsamt zu übernehmen, das nicht nur mehr wie bisher die Rohstoffe erfassen, sondern auch die Ernährung der Heimat sicherstellen sollte. Die Aufgabe war eine der schwierigsten im ganzen Weltkriege. Es galt, das sogenannte Hindenburgprogramm durchzuführen, auch mußte das Hilfsdienstpflichtgesetz vor dem Reichstage vertreten werden. Mit großem Geschick hat sich General Groener, der inzwischen auch außer der Reihe zum Generalleutnant befördert war, seines Auftrages entledigt; im August 1917 trat er auf seinen Wunsch in die Front zurück und übernahm zunächst eine Division im Osten. Ende des Jahres wurde er an die Spitze des 25. Reservekorps gestellt, um bald darauf das 1. Reservekorps in der Ukraine zu übernehmen.

Der eigentliche Krieg im Osten war damals zu Ende, der Waffenstillstand bereits geschlossen. Als sich aber die Friedensverhandlungen zunächst zerschlugen, trat das 1. Reservekorps den weiteren Vormarsch an. Es waren dabei nicht nur militärische Aufgaben zu lösen, sondern es galt auch, Lebensmittel aus der Ukraine nach Deutschland zu schaffen, um der drohenden Not zu steuern. Dabei hat sich das Organisationstalent des Generals Groener wiederum in hellstem Lichte gezeigt. Die damaligen Ereignisse sind in Deutschland nicht so beachtet worden, wie sie es verdienten, denn die Aufmerksamkeit des Volkes war nach der Westfront gerichtet, wo gerade der entscheidende Angriff begann.

Am 26. Oktober 1918 trat der erste Generalquartiermeister Ludendorff zurück. An seine Stelle wurde auf Vorschlag des Generalfeldmarschalls von Hindenburg Groener gerufen. Eine besonders schwierige Aufgabe war nach dem Waffenstillstand zu lösen: es galt, in kürzester Zeit die deutschen Streitkräfte über den Rhein zurückzuführen. Das Ziel wurde erreicht, der letzte deutsche Soldat überschritt noch vor dem bestimmten Termin den Rhein.

Von Wilhelmshöhe und dann von Kolberg aus leitete das große Hauptquartier die weiteren Bewegungen. Es galt, u. a. zusammen mit dem Rat der Volksbeauftragten, die bolschewistische Gefahr zu bekämpfen und Ruhe und Ordnung im Reiche wieder herzustellen. Bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages verstand es Groener, eine Opposition der Offiziere zu vermeiden. Im Oktober 1919 trat er zurück und nahm seinen Wohnsitz in Stuttgart, um sich ganz der militärschriftstellerischen Arbeit zu widmen.

Schon im Juni 1920 wurde General Groener an die Spitze des Reichsverkehrsministeriums berufen, das er mehr als drei Jahre in den Kabinetten Fehrenbach, Wirth und Cuno leitete. Er stand politisch der demokratisch-republikanischen Linken nahe. Im Februar 1928 wurde Groener zum Nachfolger Dr. Geßlers im Reichswehrministerium ernannt. Diesen Posten hat er bis auf den heutigen Tag inne. Außerdem hat er seit dem 9. Oktober 1931 im Kabinett Brüning II die Leitung des Reichsministeriums des Innern übernommen.

Was der Tag sonst noch brachte

Auf Antrag der Verteidigung des früheren Generaldirektors Katzenellenbogen fand vor dem Untersuchungsrichter ein Haftprüfungstermin statt. Die Verteidigung beantragte die Haftentlassung Katzenellenbogens gegen eine Kaution von 100 000 Rm. Die Staatsanwaltschaft widersprach diesem Antrage, weil sie mindestens 500 000 Rm. für erforderlich hielt. Der Untersuchungsrichter beschloß, den Haftbefehl weiter aufrecht zu erhalten, Katzenellenbogen jedoch mit der weiteren Vollstreckung der Untersuchungshaft zu verschonen, weil er eine Kaution von 100 000 Rm. stellt, seinen Reisepaß abliefert und sich zweimal täglich beim zuständigen Polizeirevier meldet.

*

Phantastische Schwindelmanöver eines Schauspielers, der einer 70jährigen, zum Spiritismus neigenden Frau einredete, der Geist ihres Mannes werde in einem Film erscheinen, den sie finanzieren müßte, kamen vor dem Schöffengericht Berlin Mitte zur Sprache. Es handelt sich um den 42jährigen Schauspieler Bruno Wistuba, den das Schöffengericht wegen fortgesetzten Betruges im Rückfall und schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilte.

*

Das Preisgericht des internationalen Kodak-Unternehmens mit seinem Haupsitz in Genf hat den großen Weltpreis in Höhe von 10 000 Dollar nebst einer silbernen Statue einem jungen englischen Textilarbeiter zuerkannt. Den großen Weltklassenpreis für Tieraufnahmen erhielt der deutsche stellungslose Bühnenmaler Max Seidel für sein Storchenbild. Die übrigen vier Weltklassenpreise gingen nach Brasilien, Dänemark, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Der deutsche Vertreter des internationalen Preisgerichtes ist der Ozeanflieger Hermann Köhl.

*

Der von der deutschen Lufthansa in Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd und dem Condor-Syndikat eingerichtete Südflugdienst zwischen Europa und Südamerika ist jetzt eingestellt worden. Der Südflugdienst, der zur Hauptsache der Schnellpostbeförderung diente, wird im kommenden Frühjahr wieder aufgenommen werden. Die Ergebnisse des diesjährigen Dienstes sind durchaus zufriedenstellend gewesen.

*

In der Nähe von Preßburg in der Slowakei ereignete sich eine furchtbare Granatexplosion, die drei Menschenleben forderte. In den letzten Tagen veranstaltete das Militär eine Uebung, bei der eine Handgranate verloren ging. Das Militär setzte für die Auffindung der Granate eine Belohnung von 25 tschechischen Kronen aus. Vier Hirten fanden die Granate und untersuchten sie am offenen Feuer. Ein 19jähriger Hirt schleuderte die Handgranate plötzlich ins Feuer. Im nächsten Augenblick explodierte die Granate und riß den Werfer und zwei andere Hirten in Stücke.

*

Das polnische Justizministerium bereitet einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gerichtskosten vor. Es geht um eine Vermehrung der Einnahmen des Gerichtswesens und zugleich eine Verringerung der Anzahl von Angelegenheiten, die beim Gericht einlaufen.

Die letzten Telegramme

Lloyd Georges Kriegserinnerungen

London, 19. November. Der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George schreibt jetzt seine Kriegserinnerungen. Er hat die Arbeit vor einigen Tagen aufgenommen und wird sich auch auf seiner Erholungsreise nach der Insel Ceylon mit dieser Arbeit beschäftigen.

Keine neue Instruktionen

Washington, 19. November. Stimson dementierte die Presseberichte, nach denen die Regierung in der Reparationsfrage neue Instruktionen erteilt habe. Die Regierung habe weder neue Vorschläge noch neue Instruktionen ergehen lassen.

Erbschaftsstreit

Koblenz, 19. November. Ein Kraftfahrer tötete gestern abend seinen Bruder durch einen Kopfschuß, schoß seine Mutter in den Mund und verletzte seine Schwägerin durch einen Schuß lebensgefährlich. Dann brachte sich der Täter selbst einen lebensgefährlichen Kopfschuß bei. In der Familie bestanden Erbschaftsstreitigkeiten.

Einfuhrbeschränkungen in England

London, 19. November. Das Unterhaus nahm in zweiter Lesung das Gesetz über die Einfuhrbeschränkungen mit 376 gegen 47 Stimmen an.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Nach einem arbeitsreichen Leben, im Alter von 80 Jahren entschlief sanft am Montag, dem 16. November, im Westsanatorium zu Berlin unser geliebter, stets treusorgender Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel

Ernst Schneider

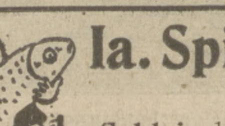
Im Namen der Hinterbliebenen

Hermann Schneider.

Leszno, den 19. November 1931.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr von der reformierten Kirche aus statt.





Nach treuer Lebensarbeit verschied sanft unser hochverehrter Senior-Chef

Herr Ernst Schneider

im Alter von 80 Jahren.

In seiner Herzensgüte und rastlosen Pflichttreue war er unser Vorbild und unser treuester Freund und Berater.

Ueber unsere stille Trauer hinaus werden wir sein Andenken in Verehrung und Dankbarkeit bewahren.

Der Aufsichtsrat, die Geschäftsführer, die Angestellten und sämtliche Mitarbeiter

der Firma

Schneider & Zimmer.

Leszno, den 16. November 1931.

Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 21. November

Posen. 7.15: Morgenzeitung. 11.40: Von Warschau: Pressenachrichten. 13: Zeitzeichen. 13.05: Schallplatten. 14: Börsennotierungen. 14.15: Landwirtschaftliche Berichte. 17.10: Werbenachrichten für Oberschlesien. 18.05: Von Warschau: Jugendstunde. 18.30: Konzert klassischer Musik. 19.25: Beiprogramm. 19.45: Von Warschau: Pressenachrichten. 20.15. Schallplatten. 20.30: Revue aus dem Teatr Nowości. 21.30: Schallplatten. 21.55: Zeitzeichen, Sport- und Polizeinachrichten. 22.10: Von Warschau: Chopin-Konzert. 22.40: Von Warschau: Pressenachrichten. 22.45: Tanzmusik aus dem „Esplanade".

Warschau. 11.40: Pressenachrichten. 11.58: Zeitzeichen. 12.10: Wetter. 12.15, 14.45: Schallplatten. 15.05: Landwirtschaftlicher Bericht. 15.15: Militärnachrichten. 15.45: Schiffahrtsdienst. 15.50. 16.40: Schallplatten. 17.10: Vortrag. 17.35: Junge musikalische Talente. 18.05: Hörspiel für die Jugend. 18.30: Konzert für die Jugend. 18.50: Verschiedenes. 19.15: Für den Landwirt. 19.25: Funkprogramm für Sonntag. 19.30: Schallplatten. 19.45: Presse. 20: Am Horizont. 20.15: Leichte Musik. 21.55: Feuilleton. 22.10: Chopin-Konzert. 22.40. Presse, Wetter, Polizeinachrichten. 22.50: Sport. 23—24: Leichte Musik und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz. 6.45: Für Tag und Stunde. Anschließend: Konzert auf Schallplatten. 11.35. 13.10, 13.50: Schallplatten. 15.55: Das Buch des Tages. 16.10: Aus dem Kaffee Vaterland, Breslau: Unterhaltungsmusik. 17.10: Vom Lebenslauf der Sterne. 17.35: Himmelsbeobachtungen im November. 17.40: Aus dem Kaffee „Rialto" Breslau: Unterhaltungsmusik. 19.05: Wetter für die Landwirtschaft. Anschließend: Die neuen Instrumente (Schallplatten). 19.40: Wetter (Wiederholung). Anschließend: Das wird Sie interessieren! 20: Hörspielauftrag der Schlesischen Funkstunde: „Das Leben des Jacques Offenbach". 21.10: Von Berlin: Konzert (ab Nr. 8). 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 23.30—24: Konzert der Funkstunde.

Königswusterhausen. 6.50: Von Berlin: Frühkonzert. 9.30: Stunde der Unterhaltung. 12: Wetter für die Landwirtschaft. 12.05: Schulfunk. 14: Von Berlin: Schallplatten. 14.50: Kinderbastelstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. 18: Deutsch für Deutsche. 18.30: Hochschulfunk. 18.55: Wetter für die Landwirtschaft. 19: Die Welt des Arbeiters. 20: Von Breslau: „Das Leben des Jacques Offenbach". 21.15: Von Königsberg: Musik des Alltags. 22.30: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Anschließend bis 24: Von Berlin: Unterhaltungsmusik.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am Mittwoch, dem 18. November, mittags 11 Uhr entschlief sanft unser lieber, guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel

Gustav Becker

im 88. Lebensjahr.

In tiefer Trauer

die Hinterbliebenen.

Bukowiec, den 18. November 1931.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 22. d. Mts., nachm. 3 Uhr von der evangelischen Kirche hierselbst aus statt.



Obwieszczenie.

W tutejszym rejestrze spółdzielni pod nr. 64 zapisano dziś przy firmie Kreditverein spółdz. z ogr. odpow. co następuje:

Uchwałą Rady Nadzorczej z 2 maja 1931 r, wybrano dalszym członkiem zarządu Oskara Kurzbacha z Ostrowa.

Ostrów, dnia 13 sierpnia 1931 r.

Sąd Grodzki.

Überschriftswort (fett)	30	Groschen
jedes weitere Wort	15	"
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen	50	"

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer
elektr. Licht, Zentralheizung, Nähe Theaterbrücke, vom 1. Dezbr. 1931 zu vermieten.
Zacisze 8.

Kleine Anzeigen gehören in das **Posener Tageblatt**

Zimmer,
möbl., 1—2 Herren.
Jeżyce, Piotra Wawrzyniaka 24, Wohnung 4.

An- u. Verkäufe

Handarbeiten Aufzeichnungen
aller Art billigst
Geschw. Streich
jetzt Gwarna 15.

Größeren Posten
Rot- u. Rheinwein
(Jahrg. 1904, 1907 u. 1911) billig abzugeben. Anfrag. u. **2175** an die Gschst. d. Ztg.

Verkaufe
billig eisernen Chamotteofen und gebrauchte Betten.
Rybaki 7, Wohnung 16.

Gebrauchte
Möbel, Garderobe, verschiedene andere Gegenstände kauft und verkauft
Nowy Dom Komisowy, Woźna 16.

Nähmaschinen
„Lada" u. andere empfiehlt billig: **T. Konikiewicz.**
Plac Nowomiejski 1a.

Umsonst



gebe ich nichts, doch empfehle ich meine Ware zu äußerst günstigen Preisen. Herren-Sport-Oberhemd mit Krawatte von 4,90, weiß. Taghemd von 3,90, bunt. Taghemd von 2,90, Oberhemd (Zephir) von 6,90, Smoking-Oberhemd von 6,90, seiden. Marquis-Oberhemd v. 9,90, Oberhemd (Seidenpopelin) von 14,90, Herren-Nachthemd von 6,90. Winter-Trikotagen in großer Auswahl zu bedeutend ermäßigten Preisen empfiehlt
Wäsche-Fabrik J. Schubert
Poznań, ul. Wrocławska 3

Dogcart
Naturesche, Patentachsen, neu verkauft billig
Lemke-Rogoźno.

Verkaufe
zu günstigen Bedingungen mein Grundstück (Eckhaus) mit Laden, für jedes Geschäft geeignet.
Bojanowo, Rynek 9.

Privatwirtschaft
70 Morgen, prima Weizenboden, in einem Plane an der Chaussee gelegen, Schule am Ort, 5 Kilometer von Kreisstadt entfernt, massives neues Gebäude, sofort vom Eigentümer zu verkaufen. Eilofferten unter **2168** an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Landwirtschaft
evtl. mit Mühle, von tücht. Landwirt und Müller zum 1. Januar 1932 zu pachten gesucht. Gefl. Zuschriften mit Preisangabe u. **2170** an die Geschäftsst. d. Zeit.

Grammophone
mit Lindströmwerk und Original deutschen Platten verkauft fabelhaft billig
Malicki, Poznań, Jasna 12

Gutgehendes Kolonial-
und Eisenwarengeschäft auf dem Lande ist krankheitshalber zu verpachten. Letzter Jahresumsatz 68 000 zł, der leicht verdopp. werden kann. Anfragen unter **2149** an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

2,60 złoty



Kopfkissenbezug, Zierkissenbezug, von 3,90, Zierjasiekv. 1,90, Bettbezug von 7,90 Ueberschlaglaken von 9,80, Ueberschlaglaken, verziert v. 12,50. Auf Wunsch Ausführung sämtlicher Bestellungen in kürzester Zeit. Spezialität: Aussteuern.
Wäsche-Fabrik J. Schubert
ul. Wrocławska 3.

Hochherrschaftliches
Eßzimmer (Eiche), 24 Personen, verschiedene andere Möbel verkauft Auktionslok.
Wroniecka 4, Tel. 175.

Verschiedenes

Schweißarbeiten
an zerbrochenen Metallteilen führt billig aus.
Otto Mix, Kantaka 6a.
Fahrräder :: Nähmaschinen

Offene Stellen

Ein älteres, ehrliches, kath.
Dienstmädchen
mit allen Hausarbeiten vertraut, per 1. Dezember nach Chodzież gesucht. Off. unter **2174** a.d. Geschäftsst. d. Ztg.

Zuverlässiger
Laufbursche, der gut polnisch sprechen kann, wird für sofort gesucht.
PAPIERODRUK, Poznań
Al. Marcinkowskiego 6.

Stellengesuche

Empfehle mich für
Stühleflechten
und Schirmreparaturen gut und billig. A. Kolle, Wierzbięcice 5, Wohnung 14.

Kochfrau
empfiehlt sich für sämtliche Festlichkeiten für Stadt und Land. Kochfrau Jähn, Wały Jana 11.

Mädchen
mit guten Kochkenntnissen sucht Stellung od. Aufwartung für den ganzen Tag. Off. u. **2167** a. d. Gschst. d. Ztg.

Volksschullehrer
deutscher Nationalität, mit Unterrichtserlaubnis, der gewillt ist, auch Buchführung zu übernehmen, sucht für sofort od. ab 1. Januar 1932 Stellung als Privatlehrer. Gefl. Zuschriften unter **2173** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Rechnungsführer
9 Jahre Praxis, Deutsch, Polnisch beherrschend, sucht Stellung. Offert. u. 217[illegible] an die Geschäftsst. d. Ztg.

Heirat

Zwei junge Herren
26 Jahre alt, des Alleinseins müde, Landwirt und Mechaniker, wünschen Bekanntschaft junger, gebildeter Damen zwecks Einheirat bzw. Gründung eigener Existenz. Diskretion Ehrensache. Zuschriften m. Bild u. 217[illegible] an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Heirat!
Landwirtssohn, solide, aus strebsamer Familie, 28 Jahre alt, evgl., 12 000 zł Vermögen, wünscht Einheirat in Landwirtschaft. Witwe nicht ausgeschlossen. Diskretion Ehrensache. Zuschriften erbeten unter **2172** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.